

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Egon Bahr Summa summarum
Erhard Crome Eigenartige Konstellationen
Helmut Hoegge Von der Aufklärung zur Gegenklärung ...
Hans-Dieter Schütt „...auch die Herren sollen arbeiten“
Ulrich Scharfenorth Abschalten – und zwar so schnell wie möglich!
Klaus Hart, Sao Paulo Brasilien und der Libyenkrieg
Gabriele Muthesius Ein Festival für Louis Lewandowski
Ulrike Krenzlin Orientalismus in Europa
Reinhard Wengierek Sie hatten eine unbefleckte Empfängnis
Klaus Hammer Ausmessen der geistig-psychischen Landschaft
Franz Hessel Der Verdächtige
Erhard Weinholz Straßenbekanntschaften
Thomas Kurt Grieser Skulpturale Diagnose einer hektischer Verhärtung
Thomas Behlert Peinliche Fehlgriffe und besondere Marken
Wolfgang Brauer Keine Post, nirgends
Thaddäus Faber Limericks (I)
Antworten | Bemerkungen
XXL: Wolfgang Schwarz Der Iran, Libyen und die Bombe
SPECIAL: E. Schmidt-Eenboom Deutsche Ausbildungshilfe für Libyen

14. Jahrgang

N^o 8

18. April 2011

Erscheint jeden zweiten Montag:
www.das-blaettchen.de

Egon Bahr	Summa summarum
Erhard Crome	Eigenartige Konstellationen
Helmut Hoega	Von der Aufklärung zur Gegenklärung ...
Hans-Dieter Schütt	„...auch die Herren sollen arbeiten“
Ulrich Scharfenorth	Abschalten – und zwar so schnell wie möglich!
Klaus Hart, Sao Paulo	Brasilien und der Libyenkrieg
Gabriele Muthesius	Ein Festival für Louis Lewandowski
Ulrike Krenzlin	Orientalismus in Europa
Reinhard Wengierek	Sie hatten eine unbefleckte Empfangnis
Klaus Hammer	Ausmessen der geistig-psychischen Landschaft
Franz Hessel	Der Verdächtige
Erhard Weinholz	Straßenbekanntschaften
Thomas Kurt Grieser	Skulpturale Diagnose einer hektischer Verhärtung
Thomas Behlert	Peinliche Fehlgriffe und besondere Marken
Wolfgang Brauer	Keine Post, nirgends
Thaddäus Faber	Limericks (I)

Antworten | Bemerkungen

XXL: Wolfgang Schwarz	Der Iran, Libyen und die Bombe
SPECIAL: E. Schmidt-Eenboom	Deutsche Ausbildungshilfe für Libyen

Impressum

Summa summarum

von Egon Bahr

Wenn ich einen Meisterplan für den ewigen Frieden schreiben soll, wäre das ganz einfach: Ich nehme die bekannte Schrift Immanuel Kants und über-trage sie auf die Gegenwart. Das würde Spaß machen. Ein mitleidiges Lächeln ob der Vermessenheit wäre bestenfalls die Folge, weil der gesunde Menschenverstand ohne Mühe sagt, dass die Aktualisierung keine größere Wirkung erzielen wird als das Original.

Dafür gibt es einen überzeugenden Grund: Seit die Kirchen die Lehren der Bibel verbreiten, haben sich die Menschen nicht erkennbar verändert. Warum sollten sie dem Verstand eines Individuums, wie intelligent es vielleicht auch sein mag, mehr folgen als den Mahnungen der Geistlichen aller Konfessionen, zumal sie sich an die Realität der Gewalt seit langem gewöhnt haben? Dazu kommt als weiterer Grund, dass Erkenntnisse nicht vererbt werden können. Jede Generation muss sie von Neuem erwerben. Bei alledem kann nicht überraschen, dass die Analysen Machiavellis wirklichkeitsnäher scheinen als die Befunde Kants. Schließlich folgen die Staaten und ihre „Fürsten“ den Gesetzen der Macht mehr als den von ihnen öffentlich postulierten Werten, die Menschenrechte eingeschlossen. Da hat es unbezweifelbar einige erfreuliche, sogar bedeutende, Fortschritte gegeben. Aber das einzige Regelwerk, das sich die Menschheit bisher geschaffen hat, die Charta der Vereinten Nationen, ist noch immer auf die Pflichten der Staaten bezogen, die dabei den Interessen der Machterhaltung und Machterweiterung folgen. Noch nie hat sich ein Staat einem Beschluss der Vereinten Nationen entzogen, weil durch ihn Menschenrechte verletzt würden. Noch immer fehlt eine Ergänzung der Charta mit einer Definition, unter welchen Voraussetzungen die Menschenrechte den Rechten der Staaten gleichgestellt oder sogar übergeordnet werden.

Nun könnte man einwenden, dass diese enttäuschende Entwicklung verständlich ist, weil

schließlich die Hälfte der Menschheit, also die Frauen, erst seit relativ kurzer Zeit begonnen hat, in die Gefilde vorzustoßen, in denen die Männer die politischen Entscheidungen fällen. Ob die Frauen das friedlichere Geschlecht sind, wird sich erst nach einer Weile beurteilen lassen. Es wird Zeit brauchen, ehe die Frauen keine Sorge haben, ob sie auch von Frauen gewählt werden und wagen, politische Wege einzuschlagen, die sich von männlichen Kriterien unterscheiden. In meiner Zeit konnte erprobt werden, dass eine verrückte Idee, Gewaltverzicht, die natürlich von einem schwachen Staat kam, den Mächtigen ungefährlich genug schien, um sie ausprobieren zu lassen. Das Ergebnis war für Letztere beunruhigend. Es erscheint ganz unwahrscheinlich, dass die USA noch einmal dem Prinzip des Gewaltverzichts zustimmen würden; ob Russland sich dazu bereit erklärt, ist mindestens zweifelhaft. Der Gewaltverzicht veränderte Europa und alle Mächtigen mussten der neuen Landkarte zustimmen. Gemeinsame Sicherheit durch Zusammenarbeit und Veränderung der Grenzen nur im gegenseitigem Einvernehmen: Wenn diese Maximen befolgt worden wären, gäbe es weder die Krisen im früheren Jugoslawien noch die potenzielle neue Konfrontation zwischen Ost und West durch die amerikanischen Raketensysteme, die in Polen und in Tschechien etabliert werden sollen.

Dieses Lehrstück der letzten 20 Jahre könnte Anhaltspunkte liefern: Die Macht der beiden Supermächte hatte die Schwächeren ausreichend diszipliniert, solange diese Bedrohung existierte. Sobald das Risiko eines großen, atomaren Krieges verschwunden war, konnten die kleineren Staaten ihre Interessen wieder pflegen. Spannungslos ist unser Kontinent dadurch nicht geworden, zumal er sich im Falle aller Fälle durch die einzige Supermacht ausreichend genug geschützt sieht, um eine kluge Bündelung seiner Interessen vernachlässigen zu können.

Ein möglicher Pol Europa wäre der einzige Kontinent in der globalen Welt, der keine territorialen Ansprüche erhebt, der an Stabilität durch Gewaltverzicht und Zusammenarbeit auch jenseits seiner Grenzen interessiert ist, und der Wohlstand und ein attraktives Sozialsystem verkörpert. Er wird seine Handlungsfähigkeit, seine Selbstbestimmung, mit einer Stimme zu sprechen, dennoch in überschaubarer Frist nicht gewinnen, solange vergessen scheint, dass Gewaltverzicht sich als Stärke des Schwachen erwiesen hat. Stattdessen erlebt Europa die Macht des militärisch Uneinholbaren, lässt sich zu Rüstungen hinreißen, damit seine Streitkräfte an der Seite des Uneinholbaren eingesetzt werden können, erleidet seine Spaltung in „willige“ und „unwillige“, in das „alte“ und das „neue“ Europa. Und schweigt, dass England sich selbst aus der EU in allen Fragen beurlaubt, die ihm wichtig sind, logisch sich gegen einen Außenminister der EU wehrt, den es nach dem Verständnis in London gar nicht in Brüssel geben darf. Rüstungsbegrenzung wurde ein europäisches Markenzeichen, als es vor dem bedrohlichen Osten Angst hatte. Seit diese Angst verschwunden ist, hat Europa das Interesse an Rüstungsbegrenzung verloren. Keine Regierung in Europa drängt darauf, die Stärke der europäischen Schwäche durch Vertrag international zu festigen, zu erweitern, damit dieses unverwechselbare Europa handlungsfähig wird. Europa muss keine Angst haben, dass andere vor diesem Europa Angst bekommen könnten. Es braucht nicht einmal Angst vor den USA oder Russland zu haben, wenn es von seiner europäischen Mehrheit selbstbestimmt Gebrauch macht. Es könnte die Angst vor sich selbst verlieren, wie es im Ansatz in Bali geschehen ist. Die Angst vor den Klimakatastrophen ist aber offenbar noch nicht groß genug. Die jahrtausendalte Sorge vor der unbändigen Kraft der Natur, vor der man nicht sicher sein konnte, steht gegen die ebenso lange Erfahrung, dass es so schlimm schon nicht werden wird. Der epochale Wechsel will nicht wirklich ins Bewusstsein dringen: Der Mensch muss nun die Natur schützen. Sonst wird sie unbarmherzig die gewohnte Grundlage unseres Lebens zerstören. Die Phantasie der Regierungen reicht nicht aus, sich auszumalen, was uns allen geschieht, wenn die Meeresspiegel steigen, die Permafrostgebiete versumpfen und die Versteppung zunimmt. Das wird dann Amerika, Europa und Russland gleichermaßen treffen. Um ihre Küsten zu schützen, werden die Länder ihre Streitkräfte einsetzen, ihre Erfahrungen austauschen und zu Verbündeten werden, um gemeinsam Sicherheit zu finden. Gleichzeitig werden sich Ströme von Menschen in Bewegung setzen, um Gebiete zu erreichen, in denen es noch Nahrung gibt und das kostbare Wasser. Da werden einige Inselstaaten schon versunken sein. Da wird die Suche nach den Regeln einer multipolaren Welt gegenstandslos geworden sein, weil die Kraft der Natur die globalen Pole von heute unterspült hat. Da werden die Staaten mit ihrer Macht gezwungen sein, das Überleben zu organisieren, ohne noch über ihre Werte und die Unter-

schiede zu streiten, was Menschenrechte sind. Da wird Europa gegenüber den Partnern nicht mehr triumphieren, dass endlich die Zusammenarbeit Realität werden muss; denn es wird gar nicht anders gehen: Katastrophenforschung wird die Friedensforschung abgelöst haben.

Gerade weil so schwer vorstellbar ist, dass die Staaten ihr Feilschen um abstrakte Prozentziffern bei Abgasen durch harte internationale Verbote ersetzen, damit eine unkontrollierbare Katastrophe doch noch rechtzeitig abgefangen werden kann, ist zu wünschen, dass es früh genug ausreichende Katastrophen gibt, die ausreichenden Handlungsdruck für die Regierungen auslösen.

Es wird ein Wettlauf, ob das Notwendige rechtzeitig geschieht, damit die Klimakatastrophe als das große Problem unseres Jahrhunderts nicht nur bezeichnet, sondern als wirkliche und ernste Gefahr anerkannt wird. Diesen Wettlauf kann die Natur nicht verlieren. Die Menschheit schon.

Aus: Hans J. Gießmann / Götz Neuneck, Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen. Festschrift für Reinhard Mutz, Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden 2008. Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages

Eigenartige Konstellationen

von Erhard Crome

Die Bundesregierung wollte nicht, dass Deutschland auf die schiefe Bahn gerät. Deshalb verteilte sie im UNO-Sicherheitsrat nicht für den Krieg gegen Libyen. Jeder Krieg trägt die Eskalation in sich. Man beginnt einen wunderbaren, in der Planung siegreichen Blitzkrieg, wie Deutschland unter Befehl Hitlers gegen die Sowjetunion 1941, und bleibt plötzlich vor Moskau in Morast und Schneetreiben stecken. Diese Gefahr besteht in Libyen nicht. Aber auch dort scheint der Blitzkrieg bereits verloren. Es bleibt der Ermattungskrieg.

Wer ermattet zuerst? Nach vier Wochen Bombardierung ist Gaddafis Armee noch immer in der Lage, sich zu wehren. Dreißig Prozent ihrer militärischen Kapazität sind vernichtet, heißt es. Das bedeutet: Siebzig Prozent hat sie noch. Die so genannten Rebellen, die von Spezialkräften vor allem Großbritanniens formiert und unterwiesen werden, können den Bürgerkrieg mit eigenen Kräften nicht gewinnen. Gefordert wird, es soll noch mehr bombardiert werden. Und dann braucht man doch noch Bodentruppen, um die Sache für sich zu entscheiden? Das wäre die Eskalation, die Westermächte gerade vermeiden will. Oder ermattet der Rüstungshaushalt der USA? Zwei vergebliche Kriege, in Irak und Afghanistan, werden gerade abgewickelt. Der Afghanistankrieg allein kostet die USA 100 Milliarden Dollar jährlich. Wissen die fünfzig Millionen armen USA-Bürger, denen die Republikaner aus Gründen der Budgetsanierung gerade die Krankenversicherung wegnehmen wollen, dass da am Hindukusch ihre Interessen verteidigt werden? Was sollten die USA da jetzt auch noch in Libyen? Einen weiteren Krieg in der arabischen bzw. muslimischen Welt? Oder ermattet die öffentliche Zustimmung in Frankreich, nachdem sich erweist, dass der großsprecherische Präsident zwar einen Krieg zu beginnen wusste, nicht aber, wie er beendet werden könnte.

Viele Fragen, aber wenig Antworten.

Die Vorreiter des Libyen-Krieges waren Frankreich und Großbritannien. Die USA folgten zunächst widerwillig, trugen die Resolution im UNO-Sicherheitsrat aber mit. So entstand die eigenartige Situation, dass diese drei Ständigen und sieben Nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates am Ende für die Resolution zur Kriegsermächtigung stimmten, aber Russland und China sowie Indien, Brasilien und Deutschland sich enthielten. Das war die Konstellation, in der Westermächte von der schiefen Bahn redete.

Für viele Angehörige der sogenannten politischen Klasse in Deutschland kam das überraschend. Mit der re-education und einer Reihe von Programmen zur Heranbildung eines amerikanischen politischen Personals hatten die US-Besatzungsbehörden und nach 1949 deren Nachfolgeeinrichtungen in der alten Bundesrepublik alles getan, um die außenpolitischen Entscheidungsprozesse so zu konditionieren, dass diese stets der Vormacht folgen. Ganz in diesem Sinne hatte bald nach der deutschen Vereinigung Ronald D. Asmus von der RAND-Corpora-

tion geschrieben, es bräuchte keine Sorgen (aus amerikanischer Sicht) um den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik zu geben, solange die Außenpolitik in den Händen einer westdeutschen Elite bliebe. Dies erklärt sowohl, weshalb das außenpolitische Personal aus der DDR nahezu rückstandslos abgewickelt und vom außenpolitischen Dienst der Bundesrepublik grundsätzlich nicht übernommen wurde, als auch, weshalb bestimmte Themen in der deutschen öffentlichen Debatte grundsätzlich bekämpft werden, solange sie von den entsprechenden Diskursverwaltern nicht freigegeben sind, beziehungsweise weshalb unter den Meinungsbildnern und in den deutschen Massenmedien zuzeiten wie auf Bestellung scharfe Polemiken auftauchen gegen jede Art von Kritik am US-amerikanischen Kapitalismus-Modell oder an der Politik der USA-Regierung.

So geschah es auch, als Kanzler Schröder und sein Außenminister Fischer sich weigerten, der US-Regierung unter Bush in den Irak-Krieg zu folgen. Aber dabei konnten sie sich immerhin noch auf die Übereinstimmung mit Frankreich berufen. Damals war Angela Merkel für den Krieg. Jetzt war die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle gegen diesen Libyen-Krieg – und Teile der Sozialdemokratie und der Grünen sind dafür. Folgt das nur der Logik der Oppositionspolitik?

Folgt man der Logik von Asmus, liegt mit Angela Merkel die außenpolitische Entscheidungsgewalt nicht mehr in der konditionierten westdeutschen Hand. (In dieses Bild passt zwar der Rheinländer Westerwelle nicht, aber vielleicht wurde der nur bei den entsprechenden Förder-Programmen übersehen.) Genau in diesem Sinne hub dann ein lautes Geschrei an, Deutschland sei isoliert, habe sich in eine „Sonderrolle“ begeben, die „unverbrüchliche“ Freundschaft mit den USA verraten und so weiter. Es schrien im Bundestag zunächst einige von SPD und Grünen, dann vor allem im konservativen Lager. So brachte sich der frühere Verteidigungsminister Volker Rühe in Erinnerung und raunte: „Die tragenden Säulen der Unionspolitik werden mit diesem Verhalten in einer Mischung aus Orientierungslosigkeit und Unfähigkeit zerstört.“ Da hat er’s der Kanzlerin aber gegeben: Sie ist orientierungslos und unfähig – bei Kohl war eben alles besser. Der Altkader Schwarz-Schilling murmelte etwas von „historischem Zynismus“, weil es doch in Libyen um den Schutz der Zivilbevölkerung gehe. Aber auch der nicht einflusslose, aktuell praktizierende CDU-Politiker Wolfgang Bosbach kritisierte: „Das Abstimmungsverhalten berührt eine Frage von grundsätzlicher außenpolitischer Bedeutung, weil es um das Verhältnis zu unseren engen europäischen und amerikanischen Partnern geht. Wir hätten an ihrer Seite stehen müssen.“ Warum man an der Seite eines unter falschen Voraussetzungen angezettelten, sinnlosen Krieges stehen soll, bleibt auch er schuldig. Es geht um das Prinzip, nicht die Sache.

Da war er aber nicht allein. Der SPD-Außenpolitiker und bekennende „Atlantiker“ Hans-Ulrich Klose meinte, das Abstimmungsverhalten schade dem internationalen Ansehen Deutschlands. Daniel Cohn-Bendit, Fraktionschef der Grünen im Europäischen Parlament, schwafelte etwas von den „Revolutionären“, die es in Libyen zu unterstützen gelte, und gab noch eins darauf: Das schade „sehr“. Sein alter Kumpel Joseph, genannt „Joschka“, Fischer meinte gar, die jetzige deutsche Außenpolitik sei „eine Farce“, frei nach der Devise: „Alles was du kannst (Westerwelle), das kann ich viel besser!“ Die Linke dagegen hat die Enthaltung im Sicherheitsrat begrüßt, kritisiert nur, dass danach „Schadensbegrenzung“ betrieben wird und sich die Bundesregierung nun doch dies und das offenhalten will.

Und was bedeutet das alles? Zumindest so viel: Unter der politischen Klasse Deutschlands herrscht weiter verbreitet Feigheit vor dem Frieden, wenn „Verbündete“ frivol zum Krieg schreiten. Und unter den Phrasen von der „humanitären Intervention“ sind die Grünen und Teile der Sozialdemokraten eher kriegsbegeistert als die Konservativen. Wenn die Rede von Mehrheiten diesseits oder jenseits – je nach Beobachtungspunkt – von Schwarz-Gelb ist, in der Friedensfrage besteht sie zwischen Grünen und großen Teilen der SPD einerseits und der Linken andererseits nicht. Zumindest solange erstere sich nicht ändern.

Von der Aufklärung zur Gegenklärung ...

von Helmut Hoegel

Die *taz* porträtierte kürzlich den neuen Stasibeauftragten Roland Jahn als „Revolutionär“. Wahr ist, dass niemand dem zwangsausgebürgerten DDRler seinen Antikommunismus übel nahm – als er gegen Ende der Achtzigerjahre bei der *taz* mitarbeitete, von wo aus er fortan das ostdeutsche Regime publizistisch angriff – aber auch die Westberliner Autonomen – als sie sich auf der Flucht vor der Polizei mit Hilfe von Grenzern in die DDR absetzten. Nach der Wende setzte Jahn diese Tätigkeit beim ZDF-Magazin *Kontraste* fort. Da diente sein Wirken jedoch schon der Westreaktion. Erst recht jetzt als Stasibeauftragter, denn ähnlich wie beim „Museum des Terrors“ in Budapest forciert diese Behörde des westdeutschen Innenministeriums den Realitätsverlust „DDR“, der ein Gesellschaftsverlust ist. Beide Teile Deutschlands leben nun in „nachgesellschaftlichen Projektwelten“, aber während der Osten die Revolution hinter sich hat, hat der Westen sie noch vor sich – die Erfahrung des Aufstands der Einzelnen gegen die Repräsentation.

Wie in vielen Ostblockländern handelte es sich bei der „friedlichen Revolution“ um eine Art antikoloniale Befreiung, die jedoch bewirkte, dass man sich zusammen mit dem Regime auch gleich noch aller erkämpften Rechte entledigte – und sämtliche gesellschaftlichen Reichtümer leichtherzig der Mafia überließ. In der DDR geschah dies mit dem Demo-Parolenwechsel von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Mit dieser Wiedervereinigungsformel („2 plus 4“ dann genannt) entledigten sich beide Teile Deutschlands der „imperialistisch-kolonialen Okkupation“. Der in Berlin lebende kroatische Philosoph Boris Buden spricht von einem „fatalen Übergang“, denn damit ging es nicht mehr um die Früchte der Tage des Zorns (wie jetzt in Ägypten zum Beispiel) sondern um eine Verlagerung des „gesellschaftlichen Antagonismus von Innen nach Außen“, was zur Folge hatte, dass plötzlich gerade dort von Überfremdung und ähnlichen Rassismen die Rede war, wo es am wenigsten Ausländer gab, und dass verhindert wurde, den überwundenen „Kommunismus als einen Ausdruck gesellschaftlicher Antagonismen zu verstehen und ihn nachträglich – etwa als einen gescheiterten Versuch – in die Erzählungen von der Befreiung aufzunehmen.“

Bei dieser „Verunmöglichung“ steht an vorderster Front seit Abschluß der postkommunistischen DDR-Vermögensprivatisierung die Stasiunterlagenbehörde, die sich dabei der West-Medien bedient. So erwarb der Spiegel zum Beispiel gleich zentnerweise Stasi-Dokumente und als die Evaluierungskommission der Uni Leipzig befahl, 124 Stellen abzubauen, wurden kurz darauf genau 124 Mitarbeiter „rausgegauckt“. Von den vielen Fällen, da man einen unliebsam gewordenen Politiker mit der Stasi-Arschkarte entfernte, ganz zu schweigen. Die Stasiunterlagenbehörde ist damit vollends zu einem Projekt der Gegenklärung geworden – und gehört in eine Reihe mit all dem „rückwärtsgewandten Zeug, das jetzt passiert – Burschenschaften, Schützenvereine, Fahnenweihen“, wie die Pastorin von Bischofferode sich ausdrückte, wo die Kalibergarbeiter am längsten und entschiedensten um ihr Werk und Sozietop kämpften.“ Das Ende war bereits absehbar, als man zum ersten Dienststellen-Leiter ausgerechnet einen Pastor bestimmte und alle Stasiunterlagen über Westpolitiker und -Unternehmer sperren ließ beziehungsweise der Deutschen Bank überließ.

„Aus dieser Perspektive“, so meint Boris Buden, „bekommt auch jener schicksalhafte Übergang von *Wir sind das Volk* zu *Wir sind ein Volk* einen anderen Sinn. Während sich im ersten Schritt die Gesellschaft in einem Widerspruch zu erneuern versucht, ist sie im zweiten schon verworfen worden. Im ersten Schritt marschiert noch die demokratische Revolution; im zweiten ist schon der neoliberale Thermidor unterwegs.“ Während die West-Elite ihre Herrschaft über die sich befreienden Massen im Osten ausdehnte, ließ man sich gleichzeitig – hüben wie drüben – den sozialen Wohlfahrtsstaat zerschlagen. Durch ihr Ausbleiben im Westen

1990 wurde laut Boris Buden „die Revolution im Osten nicht bloß zu einer Halb-, sondern gleich zu einer Konterrevolution“. Nun muß man Roland Jahn jedoch zugutehalten, dass er sozusagen die letzte Runde für seine Dienststelle einleitet, die wieder mehr für die Bespitzelten da sein soll und dass er sich wirklich „zu Hause“ nur in der „Robert-Havemann-Gesellschaft“ der DDR-Oppositionellen fühlt.

„...auch die Herren sollen arbeiten“

von Hans-Dieter Schütt

Kommunismus ist eine Denkrichtung. Eine. Sie muss, so scheint es, in bestimmten Situationen mit Autorität befestigt werden, die ihr teilweise abhanden kam – aufgrund der Erfahrungen von Millionen Menschen mit kommunistisch grundierten Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert. Für just diese Autoritätsstärkung wird in jüngster Zeit wieder häufig ein wahres Kraftwerk argumentativer Aufhilfe angezapft: Thomas Mann. Wo sich bei der Debatte um die K.-Frage gegenkommunistisches Denken aufwirft, da wird im Attackenschwung des Widerparts gern der weltbekannte Erzähler zitiert: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“ Spätestens seit Gesine Lötzschs Kommunismus-Text Anfang des Jahres ist Manns Äußerung auch in Beiträgen und Leserbriefen dieser Zeitung ein hochkonjunkturelles Leihwort. Es reizt daher, Ansichten Thomas Manns zum Kommunismus zu betrachten. Ist er zitierbar, ohne den Eindruck zu erwecken, er würde benutzt? Ist seine Verve gegen Antikommunismus automatisch Bejahung dessen, was unter kommunistischer Flagge bislang geschah? Oder Zukunft sei?

Am 13. Oktober 1943 hielt er in der Library of Congress Washington unter dem Titel „The War and the Future“ (Der Krieg und die Zukunft) einen Vortrag. Erstmals in deutscher Sprache erschien dieser Text 1944 in Deutsche Blätter, Santiago de Chile, Heft 7. Darin heißt es: „Gemeinschaft, Kommunität, da haben Sie das Stammwort der Schreckensvokabel ‘Kommunismus’, mit der Hitler seine Eroberungen gemacht hat. Ich habe gar keinen Zweifel, daß Welt und Menschenleben sich nolens volens und unaufhaltsam in eine Lebensform hineinbewegen, für die das Epitheton ‘kommunistisch’ noch das zutreffendste ist, das heißt in eine Lebensform der Gemeinsamkeit, der gegenseitigen Abhängigkeit und Verantwortlichkeit, des gemeinsamen Anrechtes auf den Genuß der Güter dieser Erde, einfach infolge des Zusammenwachsens des Erdrums, der technischen Verkleinerung und Intimisierung der Welt, in der alle Heimatrecht haben und deren Verwaltung alle angeht.“

Und weiter, als Verweis darauf, dass für ihn Kommunismus freilich nicht nur eine prächtige, schuldfreie Vision ist, sondern dieser Begriff für ihn auch über einer massiv versuchten Praxis steht: „Der Kommunismus ist ein scharf umschriebenes, politisch-ökonomisches Programm, gegründet auf der Diktatur einer Klasse, des Proletariats, geboren aus dem historischen Materialismus des neunzehnten Jahrhunderts, und in dieser Form stark zeitgebunden. Er ist aber als Vision zugleich viel älter und enthält auch wieder Elemente, die erst einer Zukunftswelt angehören.“

Älter als das Denk- und Tatwerk der Kommunisten sei Kommunismus also deshalb, weil bereits religiöse Volksbewegungen des ausgehenden Mittelalters einen endschicksalhaft-kommunistischen Charakter hätten, „schon damals sollten Erde, Wasser, Luft, das Wild, die Fische und Vögel allen gemeinsam gehören, auch die Herren sollten um das tägliche Brot arbeiten, und alle Lasten und Steuern sollten aufgehoben sein. So ist der Kommunismus älter als Marx und das 19. Jahrhundert“.

Der Schriftsteller beschwört die Regierenden der kapitalistischen Welt, „wirklich eine neuere, freiere, gerechtere Welt, die soziale Demokratie, zu wollen“, sonst würden sich die Menschen „der Macht des Ostens zuwenden, in deren Sozialismus die Idee bürgerlicher Freiheit keine Stätte mehr hat“. Mann macht klar, dass er „in einem Sozialismus, in dem die Idee der Gleichheit die der Freiheit vollkommen überwiegt“, wahrlich nicht das menschliche Ideal erblicke, „und ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche“.

Mann will nicht den Kommunismus des Marxschen Manifestes und der Leninschen Kaderpartei, er will wohl kaum das, was unter der Bezeichnung der kommunistischen Weltbewegung als Gesellschaftsmodell das 20. Jahrhundert mitbestimmte und damit den rein utopischen Begriff „Kommunismus“ mit Praxis füllte (auch kontaminierte?). Das „Wort Kommunismus“ enthält für ihn weit mehr als das, was mit der marxistisch-leninistischen Avantgarde die Weltbühne betrat. Er verteidigt ein ganz anderes Staatswesen – das des Citoyens, darin Freiheit nicht weniger gilt als das soziale Menschenrecht. Antikommunistische Hysterie aber, so der Autor, radikalisiere den

bürgerlichen Staat, führe demnach automatisch zu Verengungen von Freiheit und Demokratie. Solche „Angst vor dem Kommunismus“ habe Hitler erfolgreich als Bewusstseinsvorlage nutzen können.

Die Bürgergesellschaft, wolle sie nicht erneut in die Nähe dieses Hitlerwahns rücken, dürfe sich also solchen gnadenlosen Antikommunismus nie wieder leisten. In den antikommunistischen Umtrieben der McCarthy-Zeit in den USA sah er übrigens ein Aufleben dieser törichten Angst und also eine erneute Gefährdung des Bürger-Tums. Besonders beschäftigte ihn der Fall des aus den USA hinausbefohlenen Hanns Eisler – Zeichen der „Fascisierung des Landes“ und bald wohl auch der neuerlichen „Fascisierung der Demokratien“. Manns Resignation: „Die Gegenstellung zu Rußland scheint zwangsläufig zum Fascismus zu führen.“ Als sei dieser Radikalismus die einzig hilfreiche Antwort auf roten Radikalismus. Aber Widerstand gegen diesen Reaktions-Automatismus, also offenen Protest gegen McCarthy lehnt er jedoch ab, „da ich mich trotz citizenship als Gast empfinde u. als unzugehörig“.

Er sagt im Vortrag von 1943 auch etwas zur Zukunft. Er sagt nicht, dem Kommunismus gehöre die Zukunft, er sagt: „Der Zukunft aber gehört er an insofern, als die Welt, die nach uns kommt... und die langsam ihre Umrisse zu enthüllen beginnt, schwerlich ohne kommunistische Züge vorzustellen ist: das heißt, ohne die Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genußrechtes an den Gütern der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle.“

Es ist ein Unterschied, ob man sagt, die Zukunft gehöre dem Kommunismus, oder ob eine Gesellschaft erträumt wird, welche auch das Communitäre beinhaltet. Alles, nur nicht: Kommunismus als Macht- und staatsbestimmende Gesinnungsfrage!

Nach dem Zweiten Weltkrieg befürwortet Mann eine konstruktive Haltung zum Osten. „Der Kommunismus, widerwärtig in seinen Mitteln, heute wohl die einzige konstruktive Kraft“ (13. Dezember 1948). Dies ist kaum zu deuten als Verbundenheitsadresse an kommunistische Machtergreifer; aber es kennzeichnet Neugier auf das veränderte Partnerschaftsgefüge nach dem Elend des überstandenen Nazismus. Und es ist Anerkennung eines radikalen Bruchs der Kommunisten mit faschistischem Ungeist. Freilich: 1948 lehnt Mann zwei Einladungen in den Osten Deutschlands ab – 1949, im Goethejahr, nimmt er zwei Einladungen an. Ausgleichslist.

Letztes Wort von Thomas Mann zum Thema, 1951 in einem Brief an Walter Ulbricht: eine Bitte um Freilassung politischer Häftlinge in der DDR (ein Brief, 1992 gefunden in den Beständen des einstigen Instituts für Marxismus-Leninismus). Mann schreibt: „Der Kommunismus hat – das ist die Wahrheit – mit dem Faschismus die totalitäre Staatsidee gemeinsam, aber er will doch wahrhaben, und wir möchten es mit ihm wahrhaben, daß sein Totalitarismus sich von dem faschistischen himmelweit unterscheidet, einen ganz anderen ideologischen Hintergrund, ganz andere Beziehungen zum Menschheitsgedanken hat, und darum sollte er Sorge tragen, jede Möglichkeit der Gleichsetzung und geflissentlichen Verwechslung auszuschließen.“ Er sollte, „so lange nach vollendeter Revolution Kruditäten und formlose Grausamkeiten meiden“.

Thomas Mann und seine Gedanken zum Kommunismus – lassen sie nicht in gewisser Weise an Heiner Müller denken? Nichts leichter, als von dem Plädoyers für die DDR zu finden, und so geistreich wie erquickend polemisch seine Würfe gegen das „Konsumentenghetto“ BRD. Solches zu lesen, das kann gut tun, wenn man Wut gegen Geschichtssieger munitionieren will. Aber wahr ist alles Antiwestliche von Müller nur, wenn man das Grundsätzliche seiner Situation mitdenkt: Verbote im Osten, Attacken der SED gegen ihn. Nahrung für gründlichen Spott des Dichters wider die „kommunistischen Staatsverwalter“ – aus seinem Hohn auf westlichen Antikommunismus ist im Kurzschluss keine Befürwortung der kommunistischen Doktrinierung im Osten zu keltern. Müller verteidigte nicht den realen Sozialismus, man kann ihn also nicht für romantisierendes Verweilen im Gestern heranziehen; er trauerte höchstens dem Material seiner lohend kalten Geschichtsstücke nach, die er Tragödien zu nennen sich weigerte. „Ich habe über den Staat gelacht, aber ihn benutzt – weil er mir alle Möglichkeiten gab, Revolution für eine blutige Komödie zu halten. Komödie, weil die Revolutionäre, in ihrer ungelenten Praxis, mitunter wie Vollstrecker des Gegners waren.“

1949 schrieb Thomas Mann „J'accuse“, er warnt vor der starken sozialen Kraft des Kader-Kommunismus im Osten, und prophezeit Politikern des Westens: „Solange die bürgerliche Welt der kommunistischen Verheißung nichts anderes entgegenzustellen hat als das Ideal des Profits

und free enterprise in möglichst vielen Ländern, solange wird es schlecht um unsere Aussichten stehen, den Kommunismus aus der Welt zu schaffen.“ Europa würde erst sozialistisch sein, „sobald es frei ist“. Sozialdemokrat Willy Brandt wird später vom „demokratischen Sozialismus“ sprechen.

Begriffe, Bedeutungen, Benutzer. Ein Verstrickungsfeld. Gebrauchen, missbrauchen: hauchdünne Grenzen. Jeder politische Eigennutz reißt diese Grenzen gern nieder. Sehr lebendige Grundtorheit.

Erstveröffentlichung im ND. Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Verlages und des Autors.

Abschalten – und zwar so schnell wie möglich!

von Ulrich Scharfenorth

Am 12. April war in Japan nichts mehr unter der Decke zu halten. An diesem Tag hat die japanische Atomaufsicht dem Gau in Fukushima die höchste Gefahrenstufe Sieben zuordnen müssen, ein Etikett, das bisher nur für Tschernobyl galt. Stufe Sieben bedeutet: katastrophaler Unfall, sprich – schwerste Freisetzung von Radioaktivität mit Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt in einem weiten Umfeld.

Die Auswirkungen der Strahlung in Luft, Wasser und Lebensmitteln, so hieß es dann auch aus japanischen Regierungskreisen, seien umfassend – was auch immer das konkret bedeuten sollte. Ein Sprecher, der auf Tokios Gemüsemärkten für (bessere) Stimmung sorgen wollte und deshalb auf „Tomaten aus verstrahltem Anbau“ herumbiss, gab sich dennoch gelassen. Bisher – so ließ er verlauten – seien in Fukushima „nur“ etwa zehn Prozent der in Tschernobyl beobachteten Emissionen registriert worden. Experten des Fukushima-Betreibers Tepco meinten allerdings, dass der japanische Gau die Ausmaße des sowjetischen durchaus erreichen beziehungsweise übertreffen könnte – wenn es nicht bald gelinge, die für den Ausstoß radioaktiver Stoffe verantwortlichen Prozesse zu stoppen.

An den Tagen zuvor hatte sich verdächtige Ruhe eingestellt. Das Medieninteresse schien verbleibt und auf andere, sensationellere News fokussiert. Kaum einer der Journalisten sah sich genötigt, das Thema heiß zu halten – obwohl stündlich das Furchtbarste passierte, was Menschen an diesem Ort widerfahren konnte.

Nicht einmal an diesem 12. April, nicht einmal vier Wochen nach der Katastrophe, gibt es verlässliche Analysen. Nichts, woraus ersichtlich wäre, was an den Reaktoren des KKW's tatsächlich geschehen ist. Mutmaßungen orientieren sich an Messwerten, auf deren Treffsicherheit und Aussagekraft sich niemand verlassen will. Die Gesamtschau, auch die auf Deutschland, ist gespenstig.

Nahezu alle Experten gehen davon aus, dass die Kernschmelze zumindest in einem Reaktor, wahrscheinlich aber in mehreren Reaktoren, stattgefunden hat. Aussagen darüber, was eine solche Schmelze impliziert und konkret auslösen kann, ob Kernschmelzen zu stoppen oder bis zur Erschöpfung ihrer energetischen Ressourcen gen Erdmittelpunkt unterwegs sind (und dabei dass Grundwasser dauerhaft schädigen), fehlen rundum. Am 7. April wurde in der ARD-Sendung „Monitor“ berichtet, dass man über ein Papier der französisch-deutschen Firma AREVA (Geschäftspartner von Tepco) verfüge, das Einzelheiten über die Geschehnisse nach dem 11. März preisgebe. Hiernach soll es in mindestens zwei Abklingbecken, in denen hunderte Tonnen abgebrannter Brennstäbe lagerten, wegen Wassermangels zur Kernschmelze gekommen sein.

Derzeit muss man davon ausgehen, dass die fast hilflose Kühlung nach wie zu großen Mengen an kontaminiertem Wasser führt, das nach Schließen des Druckbehälter-Lecks in Reaktor 2 zwar

weniger radioaktiv verseucht ist als zuvor, aber dennoch eine stetige Bedrohung der Umwelt darstellt. Denn eine zufriedenstellende Auslagerung ist nicht in Sicht. Eines muss der Betrachter wissen: Erst die Wiederherstellung in sich geschlossener Kühlkreisläufe könnte die Situation signifikant verbessern, sprich: die angestrebte kontrollierte Abkühlung der Brennstäbe, das Einhegen der Emissionen und die nachfolgende Errichtung eines Sarkophags sicherstellen. Davon aber ist das Management, sind die mittlerweile 800 Mann vor Ort, offenbar weit entfernt. Noch entsteht beim Auftreffen des Löschwassers auf die Druckbehälter mehr oder weniger stark kontaminiertes Wasser, beim Auftreffen auf Brennstäbe in Reaktorblöcken (mit einiger Sicherheit im Reaktorblock 2) oder in Abklingbecken radioaktiver Dampf unterschiedlicher Intensität, der am Entstehungsort stetig an die Umwelt abgegeben wird. Möglich, dass aus trocknen, „in der Kernschmelze liegenden“ Abklingbecken stark radioaktiver Staub aufsteigt. Da die Wasserkreisläufe der Siedewasserreaktoren zum Stillstand kamen, ist davon auszugehen, dass nur dort noch Wasser an die Brennstäbe gelangt, wo innere Druckbehälter beschädigt sind. Hier ist dann Kühlung möglich, allerdings um den Preis einer wachsenden Explosionsgefahr. Ob man der seit dem 7. April bewusst und an dieser Stelle (durch das Einbringen von Stickstoff) beikommen will oder kann, ist unklar. Niemand weiß, ob es bereits gelungen ist, einen Kreislauf oder Teile davon zu installieren. Folglich geht das Raten weiter: Entweder sind sämtliche Druckbehälter beschädigt und „ziehen“ Wasser (die Brennstäbe werden gekühlt, das Wasser wird zu austretendem radioaktiven Dampf) oder in noch un- bzw. leicht beschädigten Druckbehältern läuft die Kernschmelze – mit noch unabsehbaren Folgen.

Alarmierend ist auch das Austreten von hoch giftigem Plutonium, das aus Mischoxid-Brennstäben (Reaktor 3, Abklingbecken Reaktor 4) stammt und wegen hoher Wichte (konzentrierte Ablagerung in der Nähe des Emissions-Ortes) und langer Halbwertszeit ($\text{Pu } 239 = 24.100 \text{ Jahre}$) besonders gefährlich ist. Noch erschreckender ist die Tatsache, dass in Fukushima eine gewaltige Zahl von Brennelementen (14.000, das entspricht etwa 25 Reaktorkernen) – zum großen Teil in Abklingbecken – gelagert wird.

Der Journalist Jens Jessen hat in einem aufsehenerregenden Text für Die Zeit versucht, die abrupte Neigung vieler Deutscher – weg von der Kernenergie – zu deuten und dabei mehr als Porzellan zerschlagen. Denn nach seinem Gusto ist der Schwenk vornehmlich dadurch zu erklären, dass die Landsleute hysterische Angst, ihren Verstand an der Garderobe abgegeben und ihre Freude am Bejammern kultiviert haben. Allenfalls sei der Blick aufs Rest-Risiko geschärft worden, und das bestimme jetzt alles. Japan – so der Autor weiter – sei eben ein Erdbebenland. Hier sei nicht das Unwahrscheinliche, nicht der Ausnahmefall, sondern das Erwartbare eingetreten. Unsere Zivilisation käme sofort an ihr Ende, wenn wir jede Regel nach dem Ausnahmefall richteten.

Nun, was heißt das? Jessen hat das, was Kernenergie ausmacht, offenbar nie begriffen. Zum anderen müsste er wissen, dass der Widerstand gegen die unheilvolle Technologie in Deutschland, Europa und der Welt nur dann eine Chance hat, wenn das Restrisiko ins Bewusstsein zurückkehrt. Tschernobyl hat sich – so schrecklich das auch ist – abgewetzt. Im Gegensatz zu jeder anderen Technologie implizieren die Kernenergie und der Umgang mit ihr völlig andere Gesetzmäßigkeiten. Eine einstürzende Brücke, ein entgleisender ICE, eine abbrennende Firma für Pyrotechnik, ja selbst das Hochgehen einer Chemiefabrik sind – was ihre Restrisiko-Inhalte betrifft – nichts, ja gar nichts im Vergleich zum Supergau. Mancher Standardunfall kostet zwar auch Menschenleben, schafft Unheil und Unglück. Irgendwann aber ist er vergessen. Ausschließlich beim nuklearen Gau wird das Unbeherrschbare, Unfassbare, wird die Hydra belebt, die Büchse der Pandora aufgestoßen. All das frisst sich und währt – je nach „Indikation“ und „Medium“ – Jahre, Jahrzehnte oder bis wir alle und zig Generationen nach uns tot sind. Dass wir ganze Landschaften für diese Zeit stillsetzen und umschiffen müssen, muss neuerlich hinein in die Köpfe. Auch wenn Ort, Zeitpunkt und konkrete Qual fern scheinen: Wir müssen begreifen, dass Havarien wie die in Fukushima, auch bei uns stattfinden können. Hier über Wahrscheinlichkeiten zu feilschen, ist Beihilfe zum Mord. Das dies trotzdem und immer wieder geschieht, hat weniger mit sachlichem Unverständnis als mit heilloser Gier und damit zu tun, das Leben allzu oft mit der eigenen beschränkten Existenz verwechselt wird. Allein die zusätzlichen Malaisen der Kerntechnologie (Verstrahlung der Minenarbeiter bei der Uranerzgewinnung, ungeschützte Zwischenlagerung und fehlende Endlagerung) sind Grund genug, das Monster „Kernkraft“ auf Dauer zu verbannen. Jetzt aber, da der Gau der Stufe Sieben in aller Schrecklichkeit sichtbar wird, muss

die Schlussfolgerung doppelt gelten: Schnellstmögliche Stillsetzung der bestehenden KKW und Neubau-Verbot!

Brasilien und der Libyenkrieg

von Klaus Hart, Sao Paulo

Frankreichs Rafale-Kampfflugzeuge starteten auf Befehl von Präsident Nicolas Sarkozy als erste gen Libyen, bombten, was das Zeug hielt, feuerten neueste Hightech-Raketen auch auf zivile Ziele, zeigten aller Welt, was in den Kisten steckt. Der überstürzt wirkende Rafale-Einsatz hatte womöglich seinen besonderen, zynischen Hintersinn – denn Lateinamerikas größte Kriegswaffenmesse LAAD in Rio de Janeiro stand vor der Tür. Rafale-Oberverkäufer Sarkozy bemüht sich seit Jahren meist vergeblich, bei seinen Auslandsreisen die superteuren Jagdbomber an den Mann zu bringen, auch in Brasilien. 2010 schien der Ankauf durch die Lula-Regierung fast sicher – doch selbst in französischen Medien wurde herumgemäkelt, größtes Verkaufshindernis sei die fehlende Praxiserprobung im Kriegseinsatz. Das Argument ist nun wohl vom Tisch. Am Tag der Messeeröffnung von Rio schrieb die „O Globo“, dass die Rafales nun „mit Erfolg bei den Attacken gegen Libyen“ getestet worden seien, und in einer LAAD-Sonderbeilage warb der französische Rüstungskonzern gleich ganzseitig, die Vortrefflichkeit der Bomber sei im Kampf bewiesen worden. Deutsche Medien zitieren Jean-Pierre Maulny, stellvertretender Direktor des französischen Instituts für Internationale und Strategische Beziehungen (IRIS), wonach der Libyen-Einsatz ein Weg sein könne, um für die nunmehr „kämpferproben“ Rafale-Bomber Propaganda zu machen. Dabei war es in Libyen vorhersehbar zu keinerlei Luftkämpfen gekommen, wurden durch die Bombardements, wie man inzwischen weiß, aber zahlreiche Zivilisten umgebracht, deren Häuser zerstört, immense Massenfluchten ausgelöst.

Die brasilianische Öffentlichkeit hat, anders als die mitteleuropäische, weit weniger Illusionen, worauf der Libyenkrieg tatsächlich zielt. Schließlich hatten führende Blätter, darunter Brasiliens auflagenstärkste Zeitung „Folha de Sao Paulo“, den Europa-üblichen Mainstream von Anfang an der Lächerlichkeit preisgegeben. Gleich auf einer ganzen Seite analysierte der renommierte Politikexperte und Universitätsprofessor José Luis Fiori, dass es um Libyens Öl und die Kontrolle einer Grenzregion zu Europa gehe, nicht aber um Menschenrechte. Die würden von den großen Mächten stets benutzt, um geopolitische Entscheidungen zu legitimieren. Afrika nannte Fiori den Schauplatz eines neuen imperialistischen Wettkampfs – es sei nicht ausgeschlossen, dass über eine neue Form des Kolonialismus ebenso nachgedacht werde wie über die Eroberung bestimmter afrikanischer Staaten, die durch europäische Kolonialisten geschaffen worden waren. Lokale Konflikte würden künftig immer häufiger – und stets seien die USA involviert.

Wer das womöglich linkslastig fand, bekam „ausgewogen“ im selben Blatt die Version des konservativen Politikers und Ex-Finanzministers Luiz Carlos Bresser-Pereira präsentiert, wonach Libyen lediglich abgestraft werde, weil es sich dem informellen Kolonialismus der Großmächte nicht unterwerfe. Der Libyenkrieg werde nicht mit guten Absichten geführt. Man versuche dort nicht, wie behauptet werde, „das Massaker an einem revoltierenden Volk zu verhindern“, sondern wolle die Herrschaft über ein ölfreiches Land wiedergewinnen. In Libyen, so Bresser-Pereira, gebe es im übrigen gar kein revoltierendes Volk. Einzige „Massenmanifestation“, von der Journalisten Fotos machten, sei eine Masse von Autos in Bengasi gewesen – zwecks Feier der NATO-Bombardements. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei der offene Kolonialismus durch einen informellen ersetzt worden – die alten Metropolen assoziierten sich mit korrupten Eliten der armen Länder. Dies treffe besonders auf den mittleren Osten sowie auf Staaten Lateinamerikas und Afrikas zu. Lediglich asiatische Länder und einige Staaten wie Libyen zeigten sich nicht fügsam für diese neue Herrschaftsform. „Deshalb verzeichneten sie Wachstum und verbesserten den Lebensstandard der Bevölkerung.“ Der Anwalt und Ex-Minister verwies auf den UNO-Index für menschliche Entwicklung und verglich – Libyen liege auf dem 53. Platz, Lateinamerikas größte Demokratie Brasilien indessen nur auf dem 73. Platz. Für Unbotmäßigkeit werde Libyen jetzt bestraft durch zwei

alte imperiale Mächte, Frankreich und Großbritannien, gefolgt von den USA. Sarkozy meine, durch sein Vorgehen wiedergewählt zu werden – „doch die Franzosen wissen, dass dieser Krieg wenig Sinn hat und dass sie Sarkozy nicht vertrauen können“.

Kommentatoren, die solcher Sicht widersprechen? Keine. Leicht nachvollziehbar, dass sich auch Brasiliens Künstlerschaft nicht vom europäischen Mainstream beeindrucken lässt, darunter der populäre Schriftsteller *Érico Veríssimo* in seiner landesweit nachgedruckten Kolumne: „Alles wiederholt sich in Libyen, angefangen mit der Scheinheiligkeit der selektiven Empörung: Einige Tyrannen, zuvor toleriert, wenn nicht gar offen unterstützt wie Saddam, werden unakzeptabel und attackierbar, während der Knüppel andere schont, die noch nütze sind. Danach folgen die Verluste an Zivilisten, angeklagt von der einen Seite und bestritten von der anderen, Fotos verstümmelter Kinder und Diskussionen über die Effizienz von ‚chirurgischen‘ Luftschlägen. Und so haben wir ein weiteres Beispiel eines modernen Beitrags zu den Kriegstaktiken, die eigenartige Doktrin des humanitären Bombardements.“

Komponist *Aldir Blanc* fragt, wie viele unschuldige Zivilisten bereits durch das westliche Bombardement auf Libyen umgekommen seien. Und macht sich bitter-ironisch über „Hilaria Clinton“ lustig, legt ihr folgendes Zitat in den Mund: „Unsere Politik ist, das da zu bombardieren und das Wort Petroleum durch Menschenrechte zu ersetzen.“ Der Komponist erinnerte zudem an das US-Geheimgefängnis in Ägypten, in dem des islamischen Terrors Verdächtige gefoltert worden seien.

Da erübrigt es sich beinahe, Positionen aus der recht befreiungstheologisch orientierten Kirche des größten katholischen Landes zu erwähnen. Frei *José Francisco*, Leiter des Franziskaner-Sozialwerks in der Megacity Sao Paulo, eine der angesehensten Franziskaner-Persönlichkeiten Brasiliens, nennt die Einschätzung des Weltsozialforum-Gründers *Oded Grajew* völlig korrekt, wonach die Waffenverkäufer Regierungen wollen, die Kriege führen. „Eine große Wirtschaft, zu deren Stützen die Rüstungsindustrie gehört, muss Kriege haben – denn zur kapitalistischen Basis gehört Konsum. Für die Rüstungsindustrie bedeutet dies – sie wird durch Kriege stimuliert. Die unterstützen die Wirtschaft jener großen Länder, die heute die Welt beherrschen.“ Für *Andersdenker Francisco* versucht in Libyen lediglich eine Gruppierung, an die Macht zu kommen – „doch eine Mobilisierung des Volkes gibt es dort nicht. Bemerkenswert, dass Vatikan und katholische Friedensbewegung *Pax Christi* mit ihrer Position zum Libyenkrieg der NATO-Haltung komplett widersprechen. Der Krieg zeigt, wie oft die UNO leider instrumentalisiert wird.“ Für den Franziskaner ist völlig klar, dass das Völkerrecht jetzt auf jene anzuwenden ist, die durch Bombardements in Libyen ungezählte Zivilisten umbrachten. „Die an den Luftangriffen beteiligten Länder müssen raschestmöglich Wiedergutmachung und Entschädigung an die Hinterbliebenen der Todesopfer sowie an Verletzte und anderweitig Geschädigte leisten. Die Täter und ihre politisch-militärischen Auftraggeber müssen gemäß Völkerrecht bestraft werden. Ich weiß, dass in der brasilianischen Kirche sehr viele denken wie ich.“

Zu ihnen zählt *Waldemar Rossi*. Einst war er aktiver Diktaturgegner, bereitete mit Gewerkschaftsführer *Lula* Streiks vor – heute leitet er unter einem deutschstämmigen Kardinal in Sao Paulo die bischöfliche Arbeiterseelsorge. „Seit den ersten Bombardements hat die NATO nicht nur die Streitkräfte Libyens attackiert, sondern auch Zivilisten, die dabei umkamen. Auf normale libysche Bürger wurde keinerlei Rücksicht genommen. Notwendige Entschädigung, Wiedergutmachung bringt indessen die Getöteten nicht zurück ins Leben. Zur Verteidigung von Ölinteressen nehmen sich die an den Luftschlägen beteiligten Regierungen das Recht heraus, jegliche Verbrechen zu begehen – wie zuvor bereits im Irak und in anderen Staaten. Absolut verrückt, dass *Barack Obama* den Libyenkrieg anfangs von einem Copacabana-Hotel aus koordiniert hat.“ (Während seines jüngsten Brasilienaufenthaltes – Anm. d. Red.) Schwer vorauszusagen, ob auch westliche Libyenkriegler Fronturlaub an der Copacabana machen werden – die Kollegen aus dem Irakkrieg sind längst da und sorgen als Sextouristen für reichlich Negativschlagzeilen. „Die Truppe auf der Suche nach Sex provoziert Polemik“, titelte schon 2007 ein Rio-Blatt. Washington finanziere diesen Fronturlaub, habe das US-Konsulat bestätigt.

Ein Festival für Louis Lewandowski

von Gabriele Muthesius

Im öffentlichen Bewusstsein sowie im kulturellen Gedächtnis und Selbstverständnis Berlins und schon gar Deutschlands ist Louis Lewandowski (1821-1894) – von einem sehr überschaubaren Kreis von Kennern und Liebhabern synagogaler Musik des 19. Jahrhunderts abgesehen – seit Jahrzehnten ein Unbekannter, und seine Musik teilt dieses Schicksal. Noch um 1930, also vor 80 Jahren, war das anders. Damals gab es allein in Berlin mit seinen etwa 180.000 jüdischen Mitbürgern, was seinerzeit rund ein Drittel aller Juden in Deutschland war, zwölf große Synagogen mit jeweils über eintausend Sitzplätzen, und nahezu jede von ihnen beherbergte eine Orgel, die einen festen Platz in der Liturgie einnahm. Das war in entscheidendem Maße dem Wirken Louis Lewandowskis zu verdanken. Doch die Naziherrschaft mit ihrer antijüdischen Vernichtungspolitik hat auch in dieser Hinsicht Zerstörungen angerichtet, die sich bis heute als irreversibel erwiesen haben.

Louis (Lazarus) Lewandowski, geboren am 3. April 1821 in Wreschen, Provinz Posen (heute Poznan, Polen), entstammte ärmlichen Verhältnissen. Sein Vater konnte als Synagogendiener und Hilfskantor die Familie mit fünf Kindern kaum ernähren. So wurde der junge Louis bereits mit zwölf Jahren nach Berlin geschickt, um dort seinen Unterhalt selbst zu verdienen – ein damals keineswegs ungewöhnlicher Vorgang.

In der preußischen Residenz wurde man in der dortigen jüdischen Gemeinde rasch auf die hohe Musikalität und die schöne Stimme des Jünglings aufmerksam. Kantor Ascher Lion (1776-1863) engagierte ihn als musikalischen Gehilfen, und im Gegenzug sorgte die Gemeinde nicht nur für Louis' Lebensunterhalt, sondern ermöglichte ihm auch den Besuch des Gymnasiums.

Berlin war für den Jungen aus der Provinz ein Kulturschock, der seine nachfolgende Entwicklung entscheidend beeinflusste. Hier lebten die Juden nicht im Ghetto wie in Wreschen, sie sprachen hochdeutsch statt jiddisch und sie prägten maßgeblich die intellektuelle Elite der Stadt mit. Salomon Plessner, einer der Lehrer Lewandowskis, führte seinen Schüler in das Haus von Alexander Mendelssohn ein, der ein Enkel von Moses Mendelssohn und ein Cousin von Felix Mendelssohn Bartholdy war. Dort trafen die wichtigsten Künstler Berlins zusammen, man musizierte und pflegte eine Kultur des gehobenen Diskurses. All dies trug in hohem Maße zur Horizonterweiterung Lewandowskis bei.

Alexander Mendelssohn war es schließlich auch, der Lewandowski einen gründlichen Violin- und Klavierunterricht ermöglichte, und dessen späterer Fürsprache es in entscheidendem Maße zu verdanken war, dass Lewandowski schließlich als erster Jude an der Berliner Akademie der Künste immatrikuliert wurde. Auf seinem weiteren künstlerischen und beruflichen Werdegang wurde er zu einem erfolgreichen Komponisten weltlicher und kirchlicher Musik, war Chordirigent der jüdischen Gemeinde, wurde 1865 zum Königlichen Musikdirektor ernannt und ein Jahr später zum Dirigenten der 1866 eingeweihten Neuen Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße berufen. Diese Synagoge war von Anbeginn auch mit einer Orgel ausgestattet. Dies kam Lewandowskis reformerischen Bemühungen im Hinblick auf die jüdische Liturgie entgegen, die er damals bereits seit etlichen Jahren verfolgte.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein war die traditionelle jüdische Liturgie ausschließlich vom allein agierenden Kantor geprägt; Musikinstrumente waren grundsätzlich nicht zugelassen. Dagegen begann sich Widerstand im städtischen Judentum zu regen, das in hohem Maße gesellschaftlich integriert war, sich als dem deutschen Volk zugehörig empfand und diesem Selbstverständnis auch Ausdruck verleihen wollte. In diesem Umfeld entwickelte Lewandowski die liturgische und künstlerische Reformidee, dem Kantor einen Chor und auch eine Orgel zur Seite zu stellen, und traf damit den städtischen jüdischen Zeitgeist. Nach Jahren zähen Ringens mit den Verfechtern der bisherigen Tradition setzte sich die Liturgie nach Lewandowski schließlich in Berlin und danach rasch auch in vielen anderen Städten Deutschlands durch.

Als Lewandowski am 3. Februar 1894 starb, war er als der Genius des synagogalen Gesangs längst anerkannt. Sein Ehrengrab befindet sich auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee.

Die wesentlich von Lewandowski angestoßene Entwicklung hatte letzten Endes dahin geführt, dass vor der Shoah in allen großen Synagogen Berlins der Gottesdienst nach der neuen Liturgie

gefeiert wurde. Doch mit der Shoah verschwand diese Praxis wieder nahezu vollständig aus dem jüdischen Gemeindeleben nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Seit 1945 gibt es hierzulande nur noch eine einzige Synagoge, die die Tradition von Lewandowski aufrecht erhält – in der Pestalozzistraße in Berlin-Charlottenburg. Sie ist zugleich das Stammhaus des Synagogal Ensembles Berlin unter der Leitung von Regina Yantian, das mit dem dortigen Kantor Isaak Sheffer zusammen wirkt.

Und dieses Synagogal Ensemble mit seinem Förderverein und dessen rührigem Vorstand Nils Busch-Petersen haben es sich zum Ziel gesetzt, Louis Lewandowski und seine Musik wieder zurück ins kulturelle Bewusstsein Berlins zu holen. In diesem Jahr – vom 16. - 18. Dezember – werden die ersten Louis-Lewandowski-Tage stattfinden, mit öffentlichen Konzerten und unter Beteiligung von Chören aus vier Kontinenten. Sponsoren aus der Wirtschaft haben das Projekt auf eine solide finanzielle Basis gestellt, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Lala Süßkind, die Schirmherrschaft übernommen.

Orientalismus in Europa

von *Ulrike Krenzlin*

Duplizität der Ereignisse. Zu Jahresbeginn, als München die große Schau „Orientalismus in Europa“ eröffnete, geriet die arabische Welt in Bewegung, zuerst in Ägypten, anschließend in Libyen. Unversehens rückte mit den politischen Aufbrüchen die Kunst dieser Länder ins Zentrum des Interesses. Die Münchner Ausstellung sucht zu diesem Thema neue Wege. In Frage gestellt wird in Kunst und Literatur eine in Europa jahrhundertlang gepflegte Vorstellung vom Islam, die so gut wie nichts zu tun hat mit seinem Wesen.

Darstellungen vom Leben der Sultane im Serail, vom Harem als dessen geheimnisvollem Innenbezirk mit den weißen Sklavinnen, den Odaliskinnen und Eunuchen sind Fantasien von Künstlern entsprungen, die diese Orte nie betreten, sie aber von Ferne mit glühender Fantasie ausgemalt haben. Diese Bilder sitzen bis heute fest in unseren Köpfen. Eine Revision, auch in der Kunstgeschichte, ist erforderlich.

Den Belagerungen von Wien durch das Osmanische Weltreich in den Jahren 1529 und 1683, die Europa in Panik versetzt haben, folgen Phasen, in denen orientalische Moden, Kaffeekultur und Erotik in alle Lebensbereiche eindringen. Auslöser für die Orientforschung und nachfolgende Ägyptomanie war die „Expedition nach Ägypten“, zu der Napoleon am 1. Juli 1798 in das Land am Nil aufbrach. Ihm folgen 160 Fachleute, darunter Orientalisten, Geographen, Zoologen, Künstler unter Leitung des Kunstkenners Vivant Denon. Später entzifferte Champollion am Stein von Rosette die Hieroglyphen. In der Folge entstehen vielbändige Hauptwerke über ägyptische Kunst.

Zur Revision der europäischen Sicht auf den Orient fordert zeitgleich die Bonner Ausstellung auf „Napoleon und Europa – Traum und Trauma“. Atemberaubend ist die Neubeurteilung Napoleons Bonapartes. Sie überzeugt darin, dass Napoleon im Widerspruch zwischen Faszination und Abscheu vor Augen geführt wird. Die französische Konzeption vertritt in Bonn die These, dass die „Ägypten-Expedition“ Ausgangspunkt der Neuordnung Europas war, in dem wir heute leben. Man darf hinzufügen, dazu gehörten auch die fünf Millionen Menschenopfer.

Mit dem Riesengemälde „Tod des Sardanapal“ von 1828 (Louvre) trieb Eugène Delacroix Auseinandersetzungen zum Thema Sultane und Serails auf die Spitze. Das spektakuläre Thema ist eine reine Erfindung. König Sardanapal hatte einen Überfall der Griechen auf Babylon abgewehrt. Jedoch folgte dem Sieg die Überschwemmung der Königsstadt durch den Euphrat und alle mussten sterben. Der König legte den Ablauf seiner Todesstunde fest als ein Massaker am Personenkreis des Inneren Palastbezirks, dem Harem. Hauptfrauen und Lieblingspferde werden von Eunuchen vor den Augen des Herrschers getötet. Ein furioses Bild, das im Pariser Salon zu einem Skandal führte. Denn die französische Öffentlichkeit erkannte in dem Großmassaker eine Diffamierung asiatischer Herrschertraditionen. Sie boykottierte es. Niemand kaufte mehr Bilder

von Delacroix. Erst die „Freiheit auf den Barrikaden“ macht Delacroix wieder salonfähig. In der Kunstgeschichte spielte dieser feurige Punkt bis heute keine Rolle. Delacroix' „Tod des Sardanalpal“ wurde als eine originelle Geschichte wie aus Tausendundeiner Nacht verstanden.

Die kühnsten Fantasien ranken sich jedoch um den Harem (arabisch *haram*). Es ist der von Eunuchen bewachte Innenbezirk eines Serails, wie er vom 16. bis 19. Jahrhundert in Blüte stand. Bestimmt ist der Harem ausschließlich für angehörige Frauen und unmündige Kinder eines Sultans oder muslimischer Würdenträger. Er diente dem Erhalt der dynastischen Erbfolge, war damit notwendiges Instrument Osmanischer Reichspolitik. Polygamie gehörte zur festen Tradition muslimischer Oberschichten.

Leben und sexuelle Vergnügen im Harem folgen in der Tat strengem Regelwerk und Hierarchien. An der Spitze eines Serails steht die Sultans-Mutter (Valide). Die Ausbildungs- und Vorbereitungszeit einer Konkubine dauerte 18 Monate, wenn sie vom Sultan als Sklavin persönlich bestimmt war. Schönheit galt nicht als ihr entscheidender Vorzug. Gefordert waren intellektuelle Fähigkeiten, Absolvierung eines Ausbildungsprogramms. Die sexuelle Beziehung zum Sultan währte nur bis zu ihrer Schwangerschaft. Zur Entbindung und Kindeserziehung kehrte die Konkubine in den Alt-Serail zurück. Danach widmete sie sich der Erziehung des Kindes. In der europäischen Kunst wird der Harem, den Unbefugte niemals betreten haben, als ein Ort fantastischer Männerträume geschildert, an dem der Sultan und sein Personal tagein tagaus der Liebe mit beliebig vielen Frauen frei und ungehemmt pflegen konnten. Diese Deutungen sind bis heute lebendig geblieben. Zwei Beispiele aus der Komischen Oper Berlin. In „Der Entführung aus dem Serail“ führte Mozart das Thema 1782 in die deutsche Oper ein. Der Katalane Calixto Bieito brachte in der Komischen Oper Berlin eine aufsehenerregende Inszenierung heraus. Der Harem wird als Bordell nach europäischem Muster vorgeführt. Und in „Armida“, der Oper von Christian Willibald Gluck, setzt Calixto Bieito mit seiner neuesten Inszenierung noch eins drauf. Behandelt wird die Geschichte der muslimischen Verführerin Armida aus dem 4. Gesang von Tassos „Befreitem Jerusalem“. Nach ihrem Sieg über die christlichen Kreuzritter entbrennt sie in Liebe zum Feind Rinaldo. Der Katalane Bieito macht aus seiner Inszenierung ein Spiel erotischer Obsessionen.

Kastration von Männern, entweder durch Früh- (vor der Pubertät) oder Spätkastration (an 20- bis 25-Jährigen), die zum Verlust der Mannbarkeit führte, gab es in allen Kulturen. Im Osmanischen Reich blieb Verlust der Zeugungskraft vor allem mit der Erwartung verbunden, in Eunuchen ein zuverlässiges Führungspersonal zu haben als Hüter der Frauen im Sultanspalast. Eunuchen leiteten außerdem deren Unterricht. Sie überwachten ihre Körperpflege. Sie waren kluge Geschäftsführer für den Serail. Allen Eunuchen eines Serails stand ein Oberster Eunuch mit außerordentlichen Vollmachten vor.

Angestachelt zu den schönsten Träumen haben jedoch Odaliskinnen (osmanisch *Gemach, Zimmer*), die Bediensteten der Haremsfrauen, Maler und Dichter. Auch sie unterstehen der Sultansmutter, werden aber als Konkubinen auch dem Sultan zugeführt. Für Odaliskinnen bevorzugte man Sklavinnen aus Georgien. Sofern die Wahl des Sultans auf eine ausgebildete Sklavin fiel, stand ihr eine große Karriere bevor. Jean-Auguste Ingres, Frankreichs größter romantischer Klassizist, gehört zu denjenigen, die weder Ägypten, noch andere Regionen des Osmanischen Reichs bereist haben. Doch angeregt durch die immense Ausbeute, die Napoleons Ägypten-Feldzug 1798 mit sich brachte, öffnet er eines seiner Lieblingsthemen, den weiblichen Akt, bereits 1808 mit „Der Großen Badenden von Valpinçon“ (Louvre) der arabischen Erotik. Mit „Die große Odaliske“ von 1814 begründet er seinen Ruhm. Fortan variierte Ingres seine Badenden im Türkischen Bad (Hammam) über viele Jahrzehnte. Das „Türkische Bad“ von 1863 im Louvre ist in der Malerei des 19. Jahrhunderts in Bezug auf erotische Überreizung nicht mehr überboten worden.

Das 19. Jahrhundert entdeckte Vorlieben für weitere Themen aus der arabischen Welt. So führte die Mischung aus arabischer und spanischer Kultur in Südspanien zum Mudèjar-Stil. Kathedralen und Paläste, wie die Alhambra in Granada, zeugen von dieser großen Vergangenheit. Mauresken, zum Christentum konvertierte Araber, brachten die arabische Tanzkunst nach Europa. Arabische Wissenschaft und Kultur waren dem europäischen Kontinent um Jahrhunderte voraus. Lebendige Begegnung von Menschen aus beiden Kulturen fand jedoch nur in Spanien

statt, das seit 711 – über siebenhundert Jahre hinweg – von Arabern erobert war und erst 1492 durch die Reconquista befreit worden ist. Arabisches Wissen, in den christlichen Klöstern bewahrt und vervielfältigt, gelangte von Spanien aus an die höfischen Eliten. Halluzinationen durch Opium und seine Folgen werden in Wort und Bild gestaltet. Entdeckt wurde Ägypten als das Land der Pyramiden, der Wüste und ihrer Gefahren. Es begannen die Morgenlandfahrten in den Orient. Dieser Aufbruch in die arabische Kunst, Literatur und Musik, gehört heute zum Weltkulturerbe.

Orientalismus in Europa. Von Delacroix bis Kandinsky – Ausstellung bis 1. Mai 2011, München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, Katalog 29,00 Euro

Napoleon und Europa – Traum und Trauma – Ausstellung bis 25. April 2011, Bundeskunsthalle Bonn, Katalog 39,95 Euro

Sie hatten eine unbefleckte Empfängnis

von Reinhard Wengierek

Auf dem Marmor aus Hitlers Reichskanzlei, der beim Wiederaufbau der zerbombten Berliner Volksbühne im Foyer verlegt wurde, stehen am 22. März 2011 drei Biedermeierstühlchen: eins für den Brandstifter Frank Castorf (Regisseur, Volksbühnen-Intendant), eins für seine Flamme Henry Hübchen (Schauspieler, einst Volksbühne) und eins für das Streichholz Jürgen Kuttner (Journalist). Der entfacht am (Wann fand der Abend statt?) – nach der Vorführung von zwei Porträtfilmen über das Heroen-Duo teutonischer Theaterkunst – ein hübsches Feuerchen zwischen den beiden nunmehr älteren Herrschaften.

Sie kennen sich seit einem halben Leben. Haben sich mit „gleichem Gefühl, Geschmack, Zynismus“ (H.H.), einem „optimal dosierten Maß Asozialität“ (F.C.) sowie einem gehörigen Quantum Genialität durch die DDR gerockt. Und „aneinander hoch gehangelt“. Als die DDR nicht mehr im Weg stand: bis in den Weltruhm. Mit lustvoll beißendem Nonkonformismus und glitschigem Kartoffelsalat unter rasendem Slapstick. „Mit hoch intelligenter Primitivität und extrem forciertem Obszönität“, so Big-Boss F. C. Und so sei wieder Leben gekommen in die bankrotte Volksbühne; damals, anno 1992.

Die Rockerei ist lange her. Castorfs Heimat-Haus wedelt heute nur noch flau mit dem Röckchen. Seine Spezis, die sich einst „den Arsch aufrissen“ (F.C.) für den Volksbühnen-Zampano, sind fort. Castorf melancholisch: „Bin ein Zauderer; verlasse ungern. Ich werde verlassen.“ Sein Medium Henry ging zum Kino. – „Ist okay“, raunt Frank, sein alter Meister. – „Ob sie noch einmal zusammen...“ fragt Kuttner. „Nee“, sagt Hübchen. „Wir hatten unsere unbefleckte Empfängnis“, sagt Castorf und behauptet (wir erspähen bloß ein Glas Weißwein, Hübchen schlürft Saft) tatsächlich, er könne verstehen, dass die Leute das alles satt hätten: den Trash, das Stückezerhacken, den allzu hohen höheren Blödsinn, das paranoid theatralische Querulantum. Kuttners Streichhölzchen feuert hier leider nicht nach.

Stattdessen flackert das Thema Ruhmsucht auf. Castorf kokett: „Ich bin ein alter kranker Mensch.“ Hübchen irritiert: „Da muss nichts mehr kommen, es geht ohnehin in die Grube.“ Auch seien die Bandscheiben nicht mehr Slapstick-kompatibel. Er vermiete sich lieber beim Film. „Wir Mittelständler müssen unser Geld machen; ich habe Kinder“, bestätigt Castorf. Sein Intendanten-Vertrag geht bis 2013 – folgen noch drei Jahre bis zur Rente. „Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei“, ließ Castorf in einer weh-wütenden Bulgakow-Inszenierung am Deutschen Theater schon Ende 1988 singen. Dennoch klebt er wie der Vater am Kind an seinem Theatertanker. „Er muss bleiben!“, ruft er immerzu in der Befürchtung, mit jedem anderen Kapitän gehe der unter.

Lassen wir die kahle Zukunft. Verlassen wir diese denkwürdige Mitternachts-Talkshow und kriechen in die wärmende, Optimismus verströmende Vergangenheit, die in den quotentauglich inszenierten 45-Minuten-Porträts aus der „Mein Leben“-Reihe des TV-Senders arte zu Wort

kommt. Castorf sülzt da in unentwegt druckreifer Eloquenz über sich selbst. Sein Grundsatzreferat: „Das permanente Außenseitertum als Kraftquell und Freiheitsbehauptung“. Dabei wird fleißig durch Berlins Mitte spaziert. Den Alexanderplatz findet man „mongolisch verprollt“, aber beim Blick in Castorfs Dachwohnung in den Hackeschen Höfen entdecken wir bürgerlich nette Heimeligkeit.

Hübchen zeigt sich stets im edel weißen Hemd mit Mafioso-Sonnenbrille, Castorf kommt immer im schlecht sitzenden Grau. Henry kutschiert im dicken Mercedes durch Berlin. Sophie Rois bescheinigt, er habe „den Sexappeal eines erwachsenen Mannes“. Und sortiert ihn korrekt ein zwischen Mastroianni und Autoverkäufer – solch' Zwitterstellung taugt zum Volkshelden. Kollegin Sophie Rois gesteht noch, sie werde von Henrys „tobsüchtiger Komik“ in Hysterie versetzt. Und schon plaudert der verführerische Mittsechziger fein lakonisch über sein Erfolgs-Dasein, das er sich habe hart erarbeiten müssen. „Bin kein Studiomusiker. Ich kann was, aber nicht alles. Und nicht auf Anhieb.“ Schließlich erklärt er, ein Schauspieler schlüpfe immerzu hinter Larven. Sein Beruf sei, nie sich zu zeigen. – Aber geht das überhaupt? Ein bisschen Versteckspiel geht immer. Ob live oder im Film.

Ausmessen der geistig-psychischen Landschaft

von Klaus Hammer

Am 6. April starb der seit 1966 in Eberswalde ansässige Maler, Zeichner und Grafiker Gerhard Wienckowski im 76. Lebensjahr. Er dachte in Bildern. Die Landschaften und Porträts waren für ihn eine „zweite“ Wirklichkeit, eine erhöhte, gesteigerte, verdichtete Wirklichkeit, in der sich der eigentliche Vorgang des Lebens abspielte und den der Künstler durchlebte und reflektierte. „Man muss teilnehmen am Schicksalhaften einer Landschaft oder eines Menschen“, sagte er. Im schwebenden Schimmer der Farbe liegt die Welt in einem eigentümlichen Dämmer, Dunst oder Nebel, in dem die personelle Existenz des Menschen zwar ausgeschlossen bleibt, in der sich aber das Menschliche mit der Durchsichtigkeit von Schatten bewegt. Der Künstler verlandschaftete gleichsam das menschliche Antlitz und entdeckte ebenso in der Landschaft Psychisches und Physiognomisches. Er entkörperlichte die Dingwelt und brachte sie zu einem vibrierenden schwebenden Schwingen; er entmaterialisierte das Gegenständliche und löste die Konturen bis zum völligen Verwischen auf, ohne scharfe Details dazwischen.

Wienckowski geriet bis an jene Grenzzone, wo die Natur sich auflöst und verdämmt und die Konturen unserer Innenwelt im Dämmer der Außenwelt deutlicher werden und beide Figurationen – die innere Wirklichkeit des Ich und die Wirklichkeit der äußeren Welt – „aneinander darstellbar sind“ (Franz Fühmann). Es ging ihm um das Ausmessen der geistig-psychischen Landschaft. Behutsam wurden Konflikte und Widersprüche, menschliche Schicksale in den Porträtlandschaften offenbar, die der Betrachter als die seinigen zu empfinden vermochte.

Die Zeichnungen werden bestimmt durch einen Hell-Dunkel-Kontrast und eine Vorliebe für umschreibende Linien, die der Künstler in Bündelungen körper-modellierend übereinander legte. In der Grafik hat er mit Holzschnitten begonnen, beschäftigte sich dann mit Feder- und Kreidelithografien sowie Kaltnadelradierungen und wandte sich schließlich dem Steindruck zu. Die rhythmischen Linienbündel, das Nicht-Festlegen auf eine einzige Kontur entsprechen dem Suchen, dem Solange-als-möglich-Offenhalten. Neben das zeichnerische und grafische Werk trat das Aquarellieren, jene Art des Farbauftrags ohne Deckweiß, bei welcher der Malgrund durchscheinend bleibt. Wenn man nass in nass malt und sich nicht auf schwere, feste Farben festlegt, kann man mit Wasser wieder etwas wegnehmen und so schwimmende Übergänge erreichen. Durch das Auftragen immer neuer Farbschichten bildet sich ein zarter Farbschleier, der dem Bildkörper den Charakter des Ätherischen verleiht. Lasuren legen sich übereinander, erzeugen einen durchleuchteten Raum, lassen weite Durch- und Ausblicke zu, aus denen unsere Vorstellung das künstlerische Erlebnis ganzheitlich wiederherstellen kann. Wienckowski vermied jede „zerfallende Buntheit“. Der atmosphärische Klang wird durch kühle Farben und durch die Domi-

nanz von wenigen Tönen bestimmt, aber das Spannungsverhältnis von Kaltem und Warmem musste immer gegeben sein. Es reicht von der Tonigkeit der kalten Farbskala, von Indigo, Kobalt, Ultramarin über das Krapplack-Rot, das den Raum öffnet, bis zum Terra di Siena, das die warme Skala der Ockertöne einleitet.

Der Künstler arbeitete fast ausschließlich vor der Natur, er setzte sich mitunter jahrelang mit den auf Holz gespannten Blättern, an gleichem Ort und in der gleichen Jahreszeit, auseinander. Er liebte besonders die Herbststimmung; der Herbst war ihm wie ein „Versöhnungszeichen“, er trägt das Erlebnis des Jahres in sich. Aus der Gestaltstruktur der Natur lösen sich die Formchiffren, die die Natur durchsichtig machen. Denn die Gestaltungsvorgänge der Natur sollten einsehbar und die formalen Diagramme ihrer Wirkkräfte – Strömen, Wehen, Wachsen, Vergehen – erkennbar werden. Auf diesem Weg – fort von dem „auf die Natur geöffneten Fenster“ eines Claude Monet, hin zu einer in sich geschlossenen Welt mit einer ihr eigenen, besonderen Gesetzen gehorchenden Natur, zu einer Kultivierung der Bildhaut, die in die gleiche Richtung zielt wie die von Cézanne gesuchte „Harmonie parallel zur Natur“ – gelangte Wienckowski zur Umsetzung seiner Vorstellungen von Raum, Licht und Farbe.

Die Landschaften reichen vom Oberbarnim, dem benachbarten Chorin, dem uckermärkischen Raum, dem Oderbruch, der Ostsee bis zum Thüringer Wald und weiter. So entstand nicht etwas Punktuell, sondern Zyklisches, keine einmalige Fixierung des Sichtbaren als Landschaft oder Porträt, sondern das Bild als Verallgemeinerung in der Wiederholung und Veränderung.

Seine sensible Malweise fing das Spiel des Atmosphärischen, den Kampf zwischen Dämmer und Licht ein. Durch ständige Berührung und Übergehung wurden die Grundfarben zum Vibrieren gebracht. So organisierte der Künstler den Bildeib und machte in ihm die Erscheinung in ihrer logischen Ganzheit aus Natur und Gefühl, Beobachtung und Stimmung sichtbar und erlebbar. Das ist kein Realismus des Offensichtlichen, Feststehenden, offiziell Beglaubigten. Zur Wirklichkeit gehört ja nicht nur das Erkannte, Anerkannte, so sehr Vorhandene, die Welt will und muss immer wieder neu entdeckt werden. So bleibt auch die ihn seinen Lebtage beschäftigende Frage offen: „Es ist zwar etwas gesagt, aber ob es schon das Endgültige ist? Darin liegen der Zweifel und die Hoffnung“.

Ein großer Künstler, ein wunderbarer Mensch, einer der Stillen und Unaufgeregten ist von uns gegangen.

Der Verdächtige

von Franz Hessel

Langsam durch belebte Straßen zu gehen, ist ein besonderes Vergnügen. Man wird überspült von der Eile der andern, es ist ein Bad in der Brandung. Aber meine lieben Berliner Mitbürger machen einem das nicht leicht, wenn man ihnen auch noch so geschickt ausbiegt. Ich bekomme immer mißtrauische Blicke ab, wenn ich versuche, zwischen den Geschäftigen zu flanieren. Ich glaube, man hält mich für einen Taschendieb.

Die hurtigen, straffen Großstadtmädchen mit den unersättlich offenen Mündern werden ungehalten, wenn meine Blicke sich des längeren auf ihren segelnden Schultern und schwebenden Wangen niederlassen. Nicht als ob sie überhaupt etwas dagegen hätten, angesehn zu werden. Aber dieser Zeitlupenblick des harmlosen Zuschauers enerviert sie. Sie merken, daß bei mir nichts ‚dahinter!‘ steckt.

Nein, es steckt nichts dahinter. Ich möchte beim Ersten Blick verweilen. Ich möchte den Ersten Blick auf die Stadt, in der ich lebe, gewinnen oder wiederfinden ...

In stilleren Vorstadtgegenden falle ich übrigens nicht minder unangenehm auf. Da ist gegen Norden ein Platz mit Holzgerüst, ein Marktgerippe und dicht dabei die Produktenhandlung der Witwe Kohlmann, die auch Lumpen hat; und über Altpapierbündeln, Bettstellen und Fellen hat sie an der Lattenveranda ihrer Handlung Geraniumtöpfe. Geranium, pochendes Rot in trüg grauer Welt, in das ich lange hineinsehn muß. Die Witwe wirft mir böse Blicke zu. Zu schimpfen getraut

sie sich nicht, sie hält mich vielleicht für einen Geheimen, am Ende sind ihre Papiere nicht in Ordnung. Und ich meine es doch gut mit ihr, gern würde ich sie über ihr Geschäft und ihre Lebensansichten befragen. Nun sieht sie mich endlich weggeh'n und gegenüber, wo die Querstraße ansteigt, in die Kniekehlen der Kinder schauen, die gegen die Mauer Prallball spielen. Langbeinige Mädchen, entzückend anzusehn. Sie schleudern den Ball abwechselnd mit Hand, Kopf und Brust zurück und drehn sich dabei, und die Kniekehle scheint Mitte und Ausgangspunkt ihrer Bewegungen. Ich fühle, wie hinter mir die Produktenwitwe ihren Hals reckt. Wird sie den Schupo darauf aufmerksam machen, was ich für einer bin? Verdächtige Rolle des Zuschauers!

Wenn es dämmt, lehnen alte und junge Frauen auf Kissen gestützt in den Fenstern. Mir geschieht mit ihnen, was die Psychologen mit Worten wie Einfühlung erledigen. Aber sie werden mir nicht erlauben, neben und mit ihnen zu warten auf das, was nicht kommt, nur zu warten ohne Objekt.

Straßenhändler, die etwas ausschreiend feilhalten, haben nichts dagegen, daß man sich zu ihnen stellt; ich stünde aber lieber neben der Frau, die soviel Haar aus dem vorigen Jahrhundert auf dem Kopf hat, langsam ihre Stickereien auf blaues Papier breitet und stumm Käufern entgegenseht. Und der bin ich nicht recht, sie kann kaum annehmen, daß ich von ihrer Ware kaufen werde.

Manchmal möcht ich in die Höfe geh'n. Im älteren Berlin wird das Leben nach den Hinter- und Gartenhäusern zu dichter, inniger und macht die Höfe reich, die armen Höfe mit dem bißchen Grün in einer Ecke, den Stangen zum Ausklopfen, den Mülleimern und den Brunnen, die stehengeblieben sind aus Zeiten vor der Wasserleitung. Vormittags gelingt mir das allenfalls, wenn Sänger und Geiger sich produzieren oder der Leierkastenmann, der obendrein auf einem freien Fingerpaar Naturpfeife zum besten gibt, oder der Erstaunliche, der vorn Trommel und hinten Pauke spielt (er hat einen Haken am rechten Knöchel, von dem eine Schnur zu der Pauke auf seinem Rücken und dem aufsitzenen Schellenpaar verläuft; und wenn er stampft, prallt ein Schlegel an die Pauke, und die Schellen schlagen zusammen). Da kann ich mich neben die alte Portierfrau stellen – es ist wohl eher die Mutter der Pförtnersleute, so alt sieht sie aus, so gewohnheitsmäßig sitzt sie hier auf ihrem Feldstühlchen. Sie nimmt keinen Anstoß an meiner Gegenwart und ich darf hinaufsehn in die Hoffenster, an die sich Schreibmaschinenfräulein und Nähmädchen der Büros und Betriebe zu diesem Konzert drängen. Selig benommen pausieren sie, bis irgend ein lästiger Chef kommt und sie wieder zurückschlüpfen müssen an ihre Arbeit. Die Fenster sind alle kahl. Nur an einem im vorletzten Stockwerk sind Gardinen, da hängt ein Vogelbauer, und wenn die Geige von Herzen schluchzt und der Leierkasten dröhnend jammert, fängt ein Kanarienvogel zu schlagen an als einzige Stimme der stumm schauenden Fensterreihen. Das ist schön. Aber ich möchte doch auch mein Teil an dem Abend dieser Höfe haben, die letzten Spiele der Kinder, die immer wieder heraufgerufen werden, und Heimkommen und Wiederwegwollen der jungen Mädchen erleben; allein ich finde nicht Mut noch Vorwand, mich einzudrängen, man sieht mir meine Unbefugtheit zu deutlich an.

Hierzulande muß man müssen, sonst darf man nicht. Hier geht man nicht wo, sondern wohin. Es ist nicht leicht für unsereinen.

* * *

Ich kann noch von Glück sagen, daß eine mitleidige Freundin mir manchmal erlaubt, sie zu begleiten, wenn sie Besorgungen zu machen hat. In die Strumpfklinik zum Beispiel, an deren Tür steht: ‚Gefallene Maschen werden aufgenommen.‘ In diesem düstern Zwischenstock huscht eine Bucklige durch ihr muffiges wolliges Zimmer, das eine neue Glanztapete aufhellt. Ware und Nähzeug liegen auf Tischen und Etageren um Porzellanpantöffelchen, Biskuitamoretten und Bronzemädchen herum, wie Herdentiere um alte Brunnen und Ruinen lagern. Und das darf ich genau besehn und daran ein Stück Stadt- und Weltgeschichte lernen, während die Frauen sich besprechen.

Oder ich werde zu dem Flickschneider mitgenommen, der in einem Hinterhaus der Kurfürstenstraße zu ebner Erde wohnt. Da trennt ein Vorhang, der nicht ganz bis zum Boden reicht, den Arbeitsraum vom Schlafrum ab. Auf einem gefransten Tuch, das über den Vorhang hängt, ist bunt der Kaiser Friedrich als Kronprinz dargestellt. ‚So kam er aus San Remo‘, sagt der Schneider, der meinem Blick gefolgt ist, und zeigt dann selber seine weiteren monarchentreuen Schätze,

den letzten Wilhelm photographiert und sehr gerahmt mit seiner Tochter auf den Knien und das bekannte Bild des alten Kaisers mit Kindern, Enkeln und Urenkeln. Gern will er meiner Republikanerin das grüne Jackett umnähen, aber im Herzen hält er's, wie er sagt, ‚mit den alten Herrschaften‘, zumal die Republik nur für die jungen Leute Sorge. Ich versuche nicht, ihn umzustimmen. Mit seinen Gegenständen kann es meine politische Erkenntnis nicht aufnehmen. Er ist sehr freundlich mit dem Hunde meiner Freundin, der an allem herumschnuppert, neugierig und immer auf der Spur gerade wie ich. Mit diesem kleinen Terrier gehe ich gern spazieren. Wir sind dann beide ganz in Gedanken; auch gibt er mir Anlaß, öfter stehnzubleiben, als es sonst einem so verdächtigen Menschen wie mir erlaubt wäre.

Neulich ist es uns aber schlimm ergangen. Ich holte ihn aus einem Hause ab, in dem wir beide fremd waren. Wir gingen eine Treppe hinunter, in die ein Fahrstuhlgehäuse mit Gitterwerk eingebaut war. Ein düstrer Eindringling war dieser Lift in dem einst gelassen breiten Treppenhaus. Und die bauschigen Wappendamen der bunten Fenster sahen irr auf das Wanderverlies, und die Kleinodien und die Attribute lockerten sich in ihren Händen. Sicher roch es auch sehr diskrepant in diesem Ensemble verschiedener Epochen, was meinen Begleiter von Gegenwart und Sitte derart ablenkte, daß er auf der ersten Stufe der steilen Stiege, die zu Füßen des Fahrgehäuses vom Hochparterre hinunterführte, – sich vergaß! So etwas, hat mir später meine Freundin versichert, konnte einem so stubenreinen Geschöpf nur in meiner Gesellschaft passieren. Das nahm ich gern hin. Härter aber traf mich der Vorwurf, den mir im Augenblick des peinlichen Ereignisses der Portier des Hauses machte, der zum Unglück gerade, als wir uns vergaßen, die Nase aus seiner Loge steckte. In richtiger Erkenntnis meiner Mitschuld wandte er sich nicht an das Hündchen, sondern an mich. Er zeigte mit grau drohendem Finger auf die Stätte der Untat und herrschte mich an: ‚Wat? Sie woll'n ein jebildeter Mensch sint?‘

Dies ist das erste Kapitel einer wunderbaren Beschreibung von Spaziergängen durch das Berlin ausgangs der Weimarer Republik. Wer diese Stadt liebt und nachempfinden möchte, woraus sie vor achtzig Jahren ihren Charme geschöpft hat, der lese mit Gewinn und Vergnügen: Franz Hessel, Spazieren in Berlin, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2011, 240 Seiten, 19,90 Euro

Straßenbekanntschaften

von Erhard Weinholz

Jeder einmal in Berlin“, hieß es in den zwanziger Jahren. Und später, konkreter, noch einmal in den Sechzigern: „... in Berlin, Hauptstadt der DDR“. Doch mussten die Geladenen auch gepflegt, gar mit Quartier versorgt werden – nur wo? Der Slogan wurde bald kassiert. Doch ich habe ihn nicht vergessen: Gelegentlich schaue ich bei meinen Spaziergängen auf die Stadt, als sei ich – endlich – seit langem wieder einmal hier. „Ah... Goldene Zwanziger... Franz Hessel... Flaneur...“. Nichts da, ich pflege nicht zu schlendern. Die nördliche Friedrichstraße lädt dazu auch nicht ein: Einst Ort des Amüsemments, wirkt sie heute recht öde.

Ein sonniger, windiger Vormittag, die Luft ist klar und kühl; aus der U-Bahn aufgestiegen, stehe ich, den Fernbahnhof hinter mir, am Admiralspalast. Ringsum viel Neues, doch zuvor ist manch Altes verschwunden: Rechterhand, gleich an der Straße, der weiße Flachbau des tschechischen Kulturzentrums, zuvor schon weiter links, jenseits der Spree, der alte Friedrichstadtpalast, ganz früher mal Zirkus Schumann. „Am Zirkus 1“ war die Adresse der HO-Tanz-Gaststätte im Palast, der „Melodie“, wo man 1964 noch Schnitzel mit Spargel für 3,85 DM und Aal grün mit Gurkensalat für 5,25 DM bestellen konnte. Spargel! Aal! In der DDR, jawoll! In den 70ern gab es hier nichts dergleichen mehr, dafür einmal in der Woche Jazz. „Modern Soul“ etwa mit Klaus Nowodworski, der ein bisschen was Glitzerhaftes an sich hatte. So musste Großstadt sein!

Weidendammer Brücke und der neue Friedrichstadtpalast sind passiert, kleiner Abstecher nach rechts in die Johannisstraße. Irgendwo war hier einmal das „Johanniseck“, beste Eisbeinkneipe weit und breit, noch so ein Flachbau. „Baracke auf Trümmergrundstück“, das fand man im Zentrum Ost noch bis zum Ende der 80er Jahre. Ein Schild weist nach links: „Helga-Hahnemann-

Straße“. Straße? Wo? Ein etwas breiterer Trampelpfad führt zwischen Parkplatz und kahler Mauer Richtung Norden, hinüber zur Oranienburger. Vielleicht ein Ulk? Das wäre der Namensgeberin angemessen.

Wieder auf der Friedrichstraße, was sehe ich: Meine gute alte „Bärenschenke“ ist nun auch zu. Das Restaurantschild hat man schon entfernt, nur die Fensteraufkleber „Deutsche Küche“ erinnern noch an die einstige Bestimmung. Während die neuen Etablissements überall mehr oder minder florieren, hat von den alten in der weiteren Umgebung kaum eines überlebt. Die aufwendig gestaltete „Ziegelstube“ am Weinbergsweg, das stampenhafte „Mariola“ am Hackeschen Markt, selbst das ob seiner Torten viel gerühmte „Central“ in der Brunnenstraße, sie alle sind vergangen.

Aus der Friedrich- wird die Chausseestraße. Etwas höchst Merkwürdiges entdecke ich kurz darauf: „Katholische Höfe“, ein fein herausgeputzter Altbau. Dass ein Hof katholisch sein kann, ist wahrlich ein Wunder. Aber eben das passt ja zum Namen. Und ebenso der Laden im Vorderhaus, „Jacques‘ Weindepot“ nämlich. Eine Bierstube wäre hier fehl am Platze...

In dem Haus schräg gegenüber mit der reich verzierten Sandsteinfassade residiert die Bundeszahnärztekammer. Der Hammer im Schild ganz oben unterm Giebel hat damit aber nichts zu tun. Die Borsigs, vor gut hundert Jahren geadelt, haben ihn im Wappen, ihre Zentralverwaltung hatte hier ihren Sitz. Später ging die Firma in Rheinmetall auf, nur der Name ausgerechnet eines volkseigenen Betriebes erinnerte noch lange an sie: Bergmann-Borsig in Wilhelmsruh. Rasierapparate wurden dort unter anderem produziert, „Bergmann Borstig“ nannte Volksmund die Marke.

Ein zweiter Abstecher nach rechts, in die Invalidenstraße, dann erste Querstraße links: Große Neubauten, weitere sind im Entstehen, dazwischen ein ramponiertes, schmales gelbes Backsteingebäude mit der Jahreszahl 1896 über dem Portal – das letzte Überbleibsel des Stettiner Bahnhofes, um das sich die Deutsche Bahn kaum noch zu kümmern scheint.

Über die Zinnowitzer wieder zur Chausseestraße: Was ist denn das für ein Palastbau links auf dem einstigen Stadiongelände? Die künftige Residenz des Maharadschas von Jallapur mit seinen vielen Haupt- und Nebenfrauen und den 5.000 Bediensteten seines Hofstaates? Ein Schild klärt auf: Die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes entsteht dort. Das ist doch immerhin ein Fortschritt. Wo hätte man früher im Osten je gelesen: „Hier baut das Ministerium für Staatssicherheit eine neue Kreisdienststelle“? Noch besser aber wäre es gewesen, der überflüssigsten aller Bundesbehörden den Umzug von München-Pullach nach Berlin zu ersparen und sie aufzulösen.

Zur Rechten eines der selten gewordenen großen Giebelbilder, ein gewaltiger Bär, darunter „Pösche-Liköre. Die Marke für Anspruchsvolle“ (und der Anspruchslose... guckt wieder mal in die Röhre), schon endet der einstige Stadtbezirk Mitte. Was danach kommt, ist Westen, und da kenne ich mich nicht so aus.

Skulpturale Diagnose einer hektischer Verhärtung

von Thomas Kurt Grieser

Es ist ein kulturübergreifend anzutreffender, verbreiteter Persönlichkeitstypus, auf den sich der tschechische Bildhauer Michal Trpák mit seinen „Rushing People“, respektive „Humanoids“ (2007-2011), die derzeit zum Teil im Prager „Palladium“ zu sehen sind, zu beziehen scheint – der schon von Erich Fromm (1900-1980) diagnostizierte „Marketing-Charakter“, der zwar auf dem Arbeitsmarkt der nachgefragteste Typ ist, dessen Psychogramm jedoch pathologische Züge trägt. Die zu Skulpturen verwandelten Modelle von Trpák dürften als realitätsnahe Abbildungen eines häufig vorkommenden gesellschaftlichen Typus kaum auffallen, wenn der Bildhauer es nicht verstanden hätte, durch den gelungenen Einsatz bildkünstlerischer Mittel das Gewohnte der alltäglichen Wahrnehmung aufzubrechen.

Die dargestellten, mit zwei Metern nur leicht überlebensgroßen hektischen Gestalten sind nicht zufällig aus Beton. Das massive Material trägt als bewusst gewähltes Darstellungsmittel in mehrfacher Hinsicht ästhetische Signifikanz. Die Figuren werden mit einem Material in Verbin-

dung gebracht, das bedeutungsmäßig aufgeladen ist: Beton – Symbol des Fortschritts und der Moderne – neben Glas, Stahl und Kunststoffen das wichtigste Material des industriellen Städtebaus. Zweitens verleiht seine Eigenschaft der Schwere und Härte einer Interpretation Gewicht, die die Figuren gewissermaßen als soziale Lasten und Härtefälle versteht. Hierdurch vollzieht sich eine Umwertung gewohnter Denkmuster: Nicht Angehörige einer nachhaltig deformierten Unterschicht werden als Opfer der Gegenwartsgesellschaft dargestellt, sondern jene scheinbar arrierten bindungslosen Einzelkämpfer, die sich, wie geworfene Steine, humorlos und unvergütet alle in ein und dieselbe Richtung bewegen.

Doch der Betrachter fragt sich, wohin zielt dieser kommunikationslose Gleichschritt? Gibt es ein gemeinsam anvisiertes Ziel oder einen gemeinsamen Fluchtpunkt dieser starr und stumm nach vorn eilenden Figuren? Vielleicht eine zu verteidigende Festanstellung, die zur Verfestigung der eigenen Milieuborniertheit und Konkurrenzängste beiträgt? Vielleicht auch eine zu verlassende technokratische Stadt sündiger Entfremdung, die alle Flüchtigen zu Salzsäulen erstarren lässt, die sich nach ihr umdrehen?

Der überbeschäftigte, wirtschaftskompatible, flotte Siegertyp mit Anzug und Aktentasche erscheint in dieser künstlerisch erschaffenen Momentaufnahme plötzlich als Verlierer. Denn der Beton entäußert emotionale Versteinerung – die raue Gefühlskälte der Figuren findet eine ästhetische Entsprechung in den taktilen Eigenschaften des Materials: Sprödeheit, Härte, Kühle. Das unflexible Material der Figuren passt nicht zum schnellen und egotaktischen Gleichschritt, der dem Betrachtenden ins Auge springt. Doch auch dieser Gegensatz ist ein stimmiger Vergleich für die Selbstverleugnung im wissenschaftlich analysierten Persönlichkeitsmuster des Marketing-Charakters. Denn die äußerliche Versteinerung und Sprödeheit können als ein Gleichnis für die innere Welt der dargestellten Figuren gelesen werden. Der „Marketing-Charakter“ zeichnet sich laut Fromm durch selbstvergessene Anpassung der Persönlichkeitseigenschaften an die Nachfrage des „Persönlichkeitsmarktes“, allgemeine Beziehungs- und Emotionsunfähigkeit, inhumanes Effizienz-Denken und brüchige Identität aus.

Es verwundert daher nicht, dass Trpák seine Figuren nur als menschenähnliche Wesen – „Humanoids“ – tituliert. Die Physiognomie der Skulpturengruppe lässt keinen Zweifel – die dargestellten Wesen sind allesamt nicht glücklich. Die sich sonst selberfüllende Prophezeiung „Du schaffst es!“ von Mister und Miss Perfect hat sich schließlich – bezüglich des persönlichen Lebensglücks – nicht erfüllt. Der steinige Weg zum Erfolg hat die Protagonisten selbst zu Stein werden lassen. Die Gesichter sind von verräterischen Falten der Unzufriedenheit gezeichnet. Von den Gesichtszügen und dunklen Blicken geht eine eigenartige feste Entschlossenheit aus, so als wollte der Künstler damit andeuten, dass die körperlich-geistige Verkrustung, der geschwinde und durchorganisierte Gleichschritt durch einen seit Jahren gefassten festen Entschluss selbstverschuldet sei. In dieser Hinsicht besteht genau besehen eine Geistesverwandtschaft zwischen den unheilvollen, meist ungebildeten hysterischen Massen der totalitären Systeme des zwanzigsten Jahrhunderts und den hochgebildeten, modekonform gekleideten, sich gravitatisch-flott gerierenden Charakteren der „Rushing People“. Wo sich keine ideologieimmune Identität entwickelt, kann auch kein gesundes, zur Rollendistanz fähiges Selbstbewusstsein existieren. Die sich körperlich eingravierte Corporate Identity des äußerlich sich souverän gebärdenden, innerlich aber ängstlich-überangepassten „Arbeitskraftunternehmers“ (Günter Voß), der in seiner Überanpassung soweit geht, die Grenzen zwischen Arbeits- und Privatsphäre immer mehr zu verwischen, stellt in dieser Deutung ein bildhauerisch verarbeitete Symptom eines sozialpsychologischen Befundes dar.

Peinliche Fehlgriffe und besondere Marken

von Thomas Behlert

Als der Mensch noch regelmäßig Liebesbriefe mit der Post verschickte, sich über Briefe aus Freundesland freute und gern bunte Karten aus Urlaubsorten erhielt, war das Briefmarken sammeln weit verbreitet. Als junger Bursche oder Mädchen freute man sich über die kleinen Bildchen mit

den verschiedenen Wertaufdrucken, die eine Postsendung oben rechts schmückten. Mindestens ein Album mit eher wertlosen, aber schönen bunten, Briefmarken hatten viele DDR-Jugendliche zwischen den Abenteuerbüchern, an das Jugendweihbuch „Der Sozialismus – Deine Welt“ gelehnt, im unaufgeräumten Regal stehen. Aber mit der Zeit wurde vielen diese Leidenschaft langweilig, sie gaben sie wieder auf und spielten lieber Fußball oder gingen tanzen.

Überzeugte besorgten sich eine Lupe, ein Abo bei der Post und entdeckten das Markensammeln als Leidenschaft, traten gar einer Arbeitsgemeinschaft der Jungen Pioniere oder der Freien Deutschen Jugend bei. Außerdem wurden viele Briefe in Freundesland verschickt und die Antworten mit Sehnsucht erwartet, da sie neben Neuigkeiten aus der Sowjetunion, Kuba, Polen und Vietnam immer Postwertzeichen mit wunderbaren Motiven enthielten. Später jagte der Sammler Sonderausgaben nach, traf sich regelmäßig mit Gleichgesinnten in Vereinen oder schlenderte aufgeregt über Sammlerbörsen. In der DDR gab es immerhin 160.000 Menschen, die sich mehr oder weniger mit den kleinen gummierten Kunstwerken beschäftigten. Das Komikerpaar Herricht und Preil verarbeitete diese Leidenschaft sogar in einen Sketch – die neu zusammengestellte Liedzeile „Amsel, Drossel, Fink und Spatz / und der ganze Vogelsatz“ ist unvergessen und zieht immer noch die Lacher auf seine Seite.

Wer in der DDR Briefmarken sammelte, kann bis heute viel berichten. Der 1929 geborene Bauingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Peter Tichatzky war ein intensiver Sammler von DDR-Briefmarken, im Bund Philatelistischer Prüfer zu Gange und für das Sammelgebiet DDR verantwortlich. Er beteiligte sich aktiv an der Fälschungsbekämpfung. Auch DDR Marken wurden gefälscht, besonders wenn Form und Inhalt bei der Gestaltung ungenügend waren, siehe die 20-Pfennig-Briefmarke anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution.

Damit die DDR-Briefmarke nun die ihr gebührende Ehre bekommt, veröffentlichte Tichatzky ein schweres und wichtiges Buch: „Bunte DDR-Briefmarkenwelt: Durch die Lupe betrachtet“. Hier kann der eingefleischte Sammler, aber auch jeder, der mehr als nur das von der heutigen Presse und der Politik Vorgegebene über DDR-Geschichte erfahren möchte, zugreifen. Tichatzky weiß alles über die DDR-Briefmarke: Er stellt im Anhang die schönsten Marken vor, beschäftigt sich mit den peinlichsten Fehlgriffen, erläutert politische Botschaften und zeigt auf, welche Marken nie von einer Zunge bearbeitet wurden, da sie nie die Post der DDR erreichten und nie im Umlauf waren. Bei einigen Marken wird endlich geklärt, was an ihnen falsch war: So zeigten einmal die Scheibenwischer des Trabants bei Ruhestellung in die falsche Richtung, dann sind russische Worte falsch geschrieben oder beim Sonderstempel ist im Ausdruck ein „A“ zu viel. Lustige Sachen, die nur ein eingefleischter Sammler kannte.

Wer wusste außerdem schon, daß die DDR den größten Briefmarkenblock der Welt herausbrachte, und zwar zu Ehren des 15. Jahrestages der Republik. Neben all diesen besonderen Dingen hat der passionierte Philatelist Peter Tichatzky ein ABC der Philatelie zusammengestellt, mit dem er vergnüglich und lesenswert die Grundbegriffe aus der Welt der Briefmarken erklärt. Wer das Buch gelesen und die vielen abgebildeten Briefmarken angeschaut hat, wird wehmütig an die eigene Kindheit zurückdenken und noch einmal die alten Alben hervorsuchen, denn die Märchenmarken oder den Satz mit den herrlichen Rosen hat man garantiert noch. Oder sogar die „Belege über die Zahlung des aufgedruckten Betrages“ mit den Motiven „Neue Meister“ aus der Kunstsammlung Dresden. Schade ist irgendwie, dass das Sammelgebiet DDR abgeschlossen ist, man hätte gern noch weiter gesammelt.

Peter Tichatzky, Bunte DDR-Briefmarkenwelt: Durch die Lupe betrachtet, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2011, 192 S., 19,95 Euro

Keine Post, nirgends

von Wolfgang Brauer

Italienerfahrene Touristen wissen, dass sie Briefmarken im Lande des Stiefels im „Tabacchi“ kaufen können. Das ginge natürlich auch auf dem Postamt, aber das ist entweder geschlossen oder eine

lange Schlange steht vor dem einzigen geöffneten Schalter, um zum Beispiel die Rente abzuholen. In Berlin gibt es keine Postämter mehr.

Bei meinem heutigen Versuch, rund um den Potsdamer Platz einige Briefe abzusenden, schickte mich die Dame vom Informationsschalter der Arkaden nach „unten, im Bahnhof“. Nun ist der ein Unkundige zur Verzweiflung treibendes Labyrinth von Gängen, Schluchten und Höhlen. Darum sei hier das Ergebnis meiner Forschungen mitgeteilt: Im Zwischengeschoss über den Bahnsteigen des Regionalbahnhofes bewege man sich in Richtung Ausgang Ebertstraße. Unmittelbar neben diesem in der linken Ecke, man lasse sich nicht von der trüben Beleuchtung abschrecken, befindet sich das „TabakCenter“. Kein „Tabacchi“, weil die junge Blondine, die dort bedient, nicht nur Briefmarken und Postkarten sondern das komplette Sortiment, über welches früher die Postämter verfügten, zusätzlich einer Portion Freundlichkeit, die im preußisch geprägten Staatsdienst Ost wie West meist ausverkauft war, im Angebot hat. Aber aufpassen: Verwechseln Sie das Geschäft nicht mit dem Zeitungsladen am anderen Ende der Halle, da gibt es nix mit Post!

Dass die Deutsche Post AG (heißt die überhaupt noch so?) als „global player“ der Logistik-Branche mit minderwertigen Dienstleistungen nichts mehr zu tun haben will, lässt sich trefflich im ehemaligen Postmuseum, nur wenige hundert Meter vom Potsdamer Platz entfernt (wenn kein Stau auf der Leipziger Straße ist, nehmen Sie den Bus) studieren. Das heißt jetzt „Museum für Kommunikation“ und ist genauso langweilig wie sein neuer Name. Im Zentrum der Ausstellung schwebt eine bis auf den letzten Nagel in ihre Einzelteile zerlegte Postkutsche. Das sagt eigentlich alles. Die anderen Exponate verstecken sich in den von Fachfremden kaum erschließbaren Vitrinen. Bis vor kurzem gab es wenigstens noch das spannende Postmuseum in Nürnberg. Dort konnte man wenigstens eine Ahnung davon bekommen, was dieses Unternehmen einmal leistete. Aber Nürnberg modernisiert wohl auch.

Zurück nach Berlin. Ist das „TabakCenter“ am Potsdamer Platz geschlossen, dann kann ich Ihnen nur einen Rat geben: Der Bahnhof Potsdamer Platz hat nicht nur eine vorzügliche Anbindung an den Nahverkehr, hier halten auch diverse Regionalbahnen mit Anschluss an den DB-Fernverkehr. So können Sie leicht die Suche nach postalischen Dienstleistungen umgehen und Ihre Briefe selbst befördern.

P.S.: Es kann ja durchaus sein, dass sich noch irgendwo in der Friedrichstraße ein „Anbieter“ befindet, gefunden hab' ich ihn aber noch nicht.

Limericks (I)

von Thaddäus Faber

Ein todkranker Siecher aus Seesen
war gerade fertig genesen.
Da traf ihn bei Tag
doch noch der Schlag,
beim Blick auf die ärztlichen Spesen.

An einem Fließe bei Leipe
steht eine Spreewälder Kneipe.
Die Mädchen in Tracht
sind lecker bei Nacht –
wie Quark auf 'ner Roggenbrotscheibe.

Ein Oberamtman aus Meeder
stand nach dem Dienste auf Leder.
Doch am Schreibtisch, oh weh,
da war er recht zäh.
Halt wie Leder, meinte ein jeder.

Einen zerstreuten Domprobst zu Oettern
hört von der Kanzel man wettern:
„Lasset die Sünden!
Zurück sollt ihr finden
zu Zeus und den anderen Göttern.“

Ein Pfarrersfrau aus Almada
fragte zu Haus': „Ist Papa da?
Der ist so ein Braver,
denn sticht mich der Hafer,
dann steht er gleich ohne Talar da.“

Antworten

Mathias Döpfner, Bild-Imperialist – Mit einem Einkommen von zehn Millionen im Vorjahr haben Sie sogar den bestbezahltesten Dax-Konzernchef Martin Winterkorn von VW überboten – private Aktienerlöse sind da freilich noch nicht inbegriffen. Wir gratulieren jedenfalls; ist es doch ein weiteres schönes Beispiel dafür, wie man mit der Verblödung von Menschen ein gutes Geld verdienen kann.

Klaus J. Bade, Migrationsforscher – „Den größten Flurschaden hat Sarrazin bei der Stimmung unter den Einwanderern angerichtet“, haben Sie gutachterlich ermittelt: Sarrazin habe Deutschland ein doppeltes Eigentor beschert; in Umfragen sei ein eklatanter Vertrauensverlust zu diagnostizieren, der Optimismus hinsichtlich der Integration sei abgestürzt. Ob Ihnen bei diesen Feststellungen auch der Gedanke gekommen ist, dass Sarrazin nur „his masters voice“ sein könnte, ist leider nicht überliefert.

Siegfried Jacobsohn, Weltbühnen-Begründer – Dass 2010 so viele deutsche Verbraucher pleitegegangen sind wie nie zuvor, können Sie dank Ihres bedauerlich frühen Ablebens 1926 natürlich nicht wissen. Ihr ein Jahr zuvor geprägter Satz, dass wir es mit zwei neuen deutschen Nationalheiligen – Konkursula und Insolwenzel – zu tun haben, passt aber dennoch vortrefflich auch aufs Heute.

Friedrich März, Veräußerungsbeauftragter der WestLB – Auf 5.000 Euro pro Tag beläuft sich dem Vernehmen nach Ihr Honorar bei ihrem ebenso maroden wie halbstaatlichen Arbeitgeber. Summiert man das – wozu ein Bierdeckel locker ausreicht – aufs Jahr hoch, so streichen Sie für Ihre ganz sicher harte Arbeit (in Deutschland wird nur harte Arbeit geleistet) im Jahr dort also 1,8 Millionen ein, Respekt. Immerhin schufteten Sie für die 5.000 ja auch täglich 666 Stunden. Und so gesehen, streichen Sie nicht mehr als eine Art Mindestlohn ein.

Luc Frieden, Luxemburger Finanzminister – „Die Menschen müssen verstehen, dass wir sparen, damit wir in Zukunft in die Sozialpolitik investieren können“, haben Sie das Credo ihres finanzpolitischen Verständnis beschrieben. Dazu meint der Publizist Friedrich Küppersbusch: „Der Satz wäre gut, wenn er nicht umgekehrt genau so funktionieren würde: Wir müssen in die Sozialpolitik investieren, sonst kollabieren die Gesellschaften. Die EU als Bank mit menschlichem Antlitz ist eine Fehlkonstruktion.“ Raten Sie mal, zu welcher dieser Auffassungen wir neigen ...

Nicolas Sarkozy, Befriedungsrambo – „Jeder Staatsführer, insbesondere jeder arabische Staatsführer, muss wissen, dass die Reaktion der internationalen Gemeinschaft und Europas fortan dieselbe sein wird“, haben Sie – effektmindernd leider nur in Zivil gekleidet – in die böse arabische Welt hinausgeschleudert, die unerwartet mit (auch) von Ihrem Land gelieferten Waffen so argen Missbrauch treibt, dass diesem nun mit chargengleichem Kriegsgerät Ihrerseits entgegengetreten werden muss. Für großmäuligen Schwachsinn gibt es sicher diverse Quellen, und diese müssen auch keineswegs französischem Boden entspringen. Deshalb unsere besorgte Frage: Kann es sein, dass Sie schlicht zu oft von Angela Merkel geküsst worden sind?

Hans-Peter Keitel, Oberindustrieller – In einem Interview wurde Ihnen suggeriert: „Es wäre ein tolles Signal, wenn der Industriechef sagte: Ab morgen beziehe ich Ökostrom.“ Ihre Antwort darauf lautete: „Ich halte nichts von solchen Symbolen“. Hinzuzufügen haben wir dem nichts.

Wolfgang Kubicki, amtstragendes FDP-Nordlicht – „Guido Westerwelle muss sich als Politiker neu erfinden. Ich glaube, er ist bereits dabei“, haben Sie geäußert. Was, zum Teufel, liegt einem solchen Politikverständnis zugrunde? Vertrete ich als Individuum eine Überzeugung und will diese als Politiker realisieren? Oder geht es nur noch darum, dass man stets genug Wahlvolk manipuliert, auf dass man (einträglich) von Politik leben und Macht genießen kann – und es dabei immer gleichgültiger wird, in welchem politischen Kontext das geschieht? „Wünsch Dir was“, hieß dereinst eine Sendung des DDR-Fernsehens. Keine Ahnung, warum wir uns daran erinnert fühlen.

Bemerkungen

Frühling

Nun ist er endlich kommen doch
In grünem Knospenschuh;
„Er kam, er kam ja immer noch“,
Die Bäume nicken sich's zu.

Sie konnten ihn all erwarten kaum,
Nun treiben sie Schuß auf Schuß;
Im Garten der alte Apfelbaum,
Er sträubt sich, aber er muß.

Wohl zögert auch das alte Herz
Und atmet noch nicht frei,
Es bangt und sorgt: „Es ist erst März,
Und März ist noch nicht Mai.“

O schüttle ab den schweren Traum
Und die lange Winterruh':
Es wagt es der alte Apfelbaum,
Herze, wag's auch du

*Theodor Fontane
(1851)*

Paradies für Lobbyisten

Linkspartei und Grüne haben dieser Tage im Bundestag einen Antrag zur Schaffung eines verbindlichen Lobbyistenregisters und die Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung eingebracht. Ihre Chancen, damit Gehör – oder besser Zustimmung – zu finden haben

sich als das erwiesen, was vermutet werden durfte: Null. Vertreter von CDU/CSU und FDP fanden den Vorstoß einen „untauglichen Versuch“, welcher lediglich ein „bürokratisches Monstrum“ schaffe. Der CDU reicht das seit 1972 betriebene Lobbyistenregister vollkommen aus. Es ist auch sehr praktisch, denn eine Eintragung in diese Liste ist erstens nicht verpflichtend und weist zweitens nur sehr begrenzte Informationen aus, über finanzielle Aufwendungen gar keine; ein Phantomregister. Für Deutschland sehr einnehmend ist auch das Regierungsverhalten gegenüber der 2003 von der UNO verabschiedeten Konvention, auf deren Grundlage Lobbyismus und Korruption schärfer bekämpft werden sollen. Die Bundesrepublik gehört zu den weltweit lediglich 15 Staaten, die dieses Dokument zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben ...

Monika Strehl

Belüftungsfragen

Sportstiefel von Puma sind ja vielleicht wirklich komfortabel. Auf jeden Fall sind sie teuer, und sie können dies auch schon deshalb sein, weil sie über die Jahre Kultstatus erlangt haben. Dass, wer als Unternehmer dies für seine Produkte erreicht, damit ein gutes Geld verdient, ist – jedenfalls in der Marktwirtschaft – unbenommen. Noch typischer für die Marktwirtschaft ist indes, dass Profit gierig macht; des Geldverdienens ist kein Ende, wenn Kapitaleigner nur alle erdenklichen Quellen anzapfen. Die Arbeit in Billiglohnländern erledigen zu lassen, ist eines der probatesten Mittel dafür. Unter welchen Umständen also jene kambodschanischen „Schumacher“ jenes Einkommen erarbeiten, das hierzulande nicht mal als Hungerlohn durchgehen würde (der Monatslohn der Arbeiter in vielen Zulieferfabriken liegt laut spiegel-online bei rund 42 Euro), ist da zweit- oder dritrangig. Und so ist man bei Puma halt überrascht und – natürlich – schonungslos aufklärungsbereit, wenn man vernimmt, dass 800 Arbeiter in zwei ihrer kambodschanischen Zulieferfabriken einen Masse-Schwächeanfall erlitten haben. Übermüdung wie schlechte Belüftung hält der Polizeichef von Phnom Penh für die wahrscheinlichsten Ursachen. Deutsche und anderweitig verortete Fußballkicker oder Jogger muss dies allerdings nicht anfechten. Puma-Schuhe selbst zeichnen sich unter anderem durch ihre gute Belüftung aus.

Hella Jülich

Ein Prosit der Gefährlichkeit

Der Internationalen Währungsfond (IWF) steht Zeit seiner Existenz in einem zwiespältigen Ruf. Was immer man dieser Institution anlastet – Hellsichtige hat sie jedenfalls auch hervorgebracht. Einer davon hat sich soeben zu Wort gemeldet, und dies denn doch ziemlich furios. Hat der ehemalige Chefökonom des IWF, Simon Johnson, den Deutsche-Bank-Chef Ackermann doch als nichts weniger bezeichnet denn als „einen der gefährlichsten Bankmanager der Welt“. Die von Ackermann angepeilte Rendite von 25 Prozent sei nur möglich, so Johnson, „weil er genau weiß, dass die Deutsche Bank ein Systemrisiko darstellt und daher von den Steuerzahlern gerettet würde, falls ein Konkurs droht“. Das sollte an dieser Stelle doch weitergetragen sein, wenn sie es schon selbst sagen.

Gerd Paul

Der Jugend Vertrauen und Verantwortung

Wenn Politiker zurückgetreten werden, dann ist ihr maroder Gesundheitszustand die beliebteste Legende – das galt sogar systemübergreifend. Im Sozialismus deutlich weniger in Anspruch genommen wurde die erforderliche Verjüngung der Großkopferten-Galerie. Wer ins Politbüro wollte/sollte/durfte, musste allemal mindestens 50 Jahre auf dem Buckel vorweisen, um wenigstens als Kandidat akzeptiert zu werden. Die eigentliche Karriere begann auf dem roten Olymp selten vor 60plus.

Das ist in der trauten und demokratisch vollendeten Gesellschaft unserer Tage freilich anders. Hier ist Trend, was ein Honecker für den Realsozialismus doch mehr als Parole gehandelt hat

denn als Praxis politischer Führung: Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!

Die FDP macht bei der Wahrnehmung dieses Prinzips derzeit regelrechte Quantensprünge. Durften ein Guido Westerwelle mit seinen 49 oder eine Cornelia Pieper mit ihren 52 bislang ja durchaus und berechtigt als Politiker in den besten Jahren – sowohl bereits erfahren als auch physisch wie nerval noch weitgehend unverbraucht – gelten, so treten sie derzeit erklärmaßen zurück, um einen Generationenwechsel vorzunehmen. Ihre Nachfolger: Philipp Rösler, 39, FDP-General Christian („Bambi“) Lindner, 32, oder Daniel Bahr, 35.

Soweit so gut oder schlecht. Es ist nur eben so: Scheitern auch die Rösler, Lindner und Bahr bei ihrem nicht beneidenswerten Versuch, die FDP in der politischen Bundesliga zu halten, was passiert dann? Doch sicher ein weiterer Generationenwechsel. Der müsste dann folgerichtig die Julis an die Macht bringen, die ihrerseits den Achtziger und Neunziger Jahrgängen entstammen. Oder wird dann besser gleich auf deren noch sculpflichtige Kinder zurückgegriffen?

Wenn man bedenkt, dass heute 12-jährige Mütter werden und ihre Unterwäsche längst genauso gekonnt auf die Bühnen ihrer Popstars werfen wie weiland ihre Mütter und Großmütter oder dass sie die geschriebenen oder schon gedruckten Liebeserklärungen an ihre Helden genauso fröhlich in die Kamera zu halten wissen wie FDP- (und andere) Parteitagsdelegierte, dann kann an ihrer Qualifikation eigentlich kein wirklicher Zweifel entstehen – oder?

Heinz W. Konrad

Hast Du Haschisch in den Taschen ...

Beamte des Hauptzollamtes Oldenburg haben an der deutsch-niederländischen Grenze einen litauischen Fußballprofi erwischt, der stramme 162 Kilogramm Haschisch im Gepäck hatte. Noch ungeklärt ist die Frage, ob dieser „größte Haschisch-Fund der vergangenen Jahrzehnte“ in Niedersachsen dem Kicker als Eigenbedarf für das nächste Spiel, die restliche Saison oder zur Weitergabe an Schiedsrichter gedacht war. Darüber schweigt der Inhaftierte hartnäckig, und dazu noch auf Litauisch.

Helge Jürgs

Eine gute Nachricht

Diese Nachricht ist in der Tat ebenso gut, wie überraschend. Denn obwohl im Vergleich zum 11. April die Berliner Tages-Temperaturen am 12. um nicht weniger als zehn Grad abgestürzt sind (von rund 23 auf 12 Grad!!!), ist die S-Bahn – jedenfalls mit dem derzeitig verfügbaren Wagenpark – gefahren, als sei nichts passiert. Wenn das keine Hoffnung macht: Die leitenden Betriebswirtschaftler des Unternehmens bekommen nun also augenscheinlich auch dramatischste Wetterkapriolen in den Griff. Das ist nicht wenig viel!

HWK

Ach, Nebel ...

... da machen Sie sich mal wieder wahrnehmbar – wodurch wir dankenswerter Weise wissen, dass es Sie noch gibt und dass Sie offenbar auch noch Bundesminister sind – und dann das: Sie werfen der in Libyen waltenden Militärallianz ein falsches Spiel vor. Es sei, so werden Sie zitiert, bemerkenswert, dass gerade die Nationen munter in Libyen bomben, „die noch Öl von Libyen beziehen“. Nicht, dass unsereins mit Ihnen in dieser Frage besonders über Kreuz liegen würde, nur – Libyen war bis dato auch Deutschlands fünftgrößter Erdöllieferant (2010: 7,3 Millionen Tonnen). Also in all der Zeit, in der jener finstere Gaddafi mit den Öl- und Gas-Einnahmen nicht nur seine unumschränkte Macht finanziert hat, sondern auch internationalen Terror à la Lockerbie, kam das Geld dafür nicht zuletzt aus der Bundesrepublik. Vielleicht haben Sie das einfach vergessen, lieber Ministerdarsteller, das kann jedem passieren. Sorgen macht uns allerdings, dass Ihnen offenbar auch die Bilder entgleiten – wie jenes Foto, das Ihren Parteichef beim staatstra-

genden Shakehands mit olle Muammar zeigt und das nicht direkt, nicht einmal indirekt den Eindruck macht, als habe es Guido Westerwelle dem Diktator gerade mächtig gegeben
Apropos Westerwelle: Der hat in einer Rede auf dem 3. EU-Afrika-Gipfel vor erst vier Monaten geäußert, dass „wir Europäer gleichberechtigte Partner (Afrikas – Anm. d.Red.) sein wollen, uns politisch und wirtschaftlich auf Augenhöhe begegnen“. Mit Gaddafi hatte das doch wunderbar geklappt, doch nun hat das blöde Volk die schöne Harmonie versaut.

HWK

Medien-Mosaik

Der Dichter und Philosoph Giwi Margwelaschwili – man würde nicht auf Anhieb darauf kommen – ist ein echter Berliner. Er wurde 1927 in der deutschen Hauptstadt geboren und verbrachte hier die ersten zwei Jahrzehnte seines Lebens, bis er nach dem zweiten Weltkrieg in die Heimat seiner Eltern, nach Georgien verbracht wurde. Mit 60 ließ man ihn mit zahlreichen auf Deutsch geschriebenen Manuskripten in die Bundesrepublik ausreisen. Große Teile seines Gesamtwerkes sind inzwischen im Berliner Verbrecherverlag erschienen, darunter auch der essayistische Roman „Der Kontakt“, der Tucholskysche Figuren in einen gegenwärtigen Kontext rückt.

Margwelaschwili wohnte 1995 als Stadtschreiber für einige Monate im Rheinsberger Cavalierhaus. Die Beschäftigung mit „Rheinsberg“ in Rheinsberg zeitigte letztlich diesen langen Essay. Der Autor imaginiert sich selbst als Leser in die Geschichte um Claire und Wolf und versucht, mit den Protagonisten in Kontakt zu kommen. („Kontakt“ ist die russische Aussprache der in der Sowjetunion so lebensnotwendigen Kontakte, bei Margwelaschwili aber auch eine Anspielung auf Immanuel Kant.)

Neben dem Umkreisen von Tucholskys Figuren erlaubt sich Margwelaschwili umfangreiche Abschweifungen, gibt zahlreiche autobiografische Details preis, umrundet die Zeit des Kalten Krieges, zieht dann wieder Fontane und alte Reiseführer zu Rate. Man ist geneigt, von einer elliptischen Erzählweise zu sprechen, kommt doch der Autor immer wieder auf die schon gehaltenen Themen zurück und entdeckt sie aus einem anderen Blickwinkel. Doch macht er es dem Leser schwer, denn Margwelaschwili schafft sich eine eigene Begriffswelt, in der er verharrt. Das gibt dem voluminösen Text einen ganz unverwechselbaren Charakter, wirkt aber geschraubt und schwer nachvollziehbar. Da entwickelt er die „Ontotextologie“, es gibt die „Verlesestofflichkeit“, die „existenzthematische Augenblicklichkeit“ oder die „Buchweltbezirksbiosphäre“. Wer mit der speziellen Ironie der Georgier vertraut ist, wird gelegentlich schmunzeln. Und doch sind Spannungsbögen nur für den Leser auszumachen, der einen sehr langen Atem hat.

Giwi Margwelaschwili, Der Kontakt, Verbrecher Verlag, Berlin 2009, 796 S., 36,- Euro

Schon zum zehnten Mal jährt sich im Sommer der Todestag von Adolf Dresen. Er war ein begnadeter Schauspiel- und Opernregisseur, und als Bindeglied dazwischen inszenierte er am Deutschen Theater große Kleinkunst: deutsche Volkslieder in „Astel-Paul und die anderen“. Einige seiner Lieblingsschauspieler – allesamt auch Publikumsliebhaber – wirkten mit: Elsa Grube-Deister, Margit Bendokat, Bärbel Bolle, Günter Sonnenberg, Alexander Lang, der auch Mundharmonika spielte und trommelte, Musiker Uwe Hilprecht und vor allem Dresen selbst, der auch auf dem Akkordeon ein As war. Der unvergessliche Dieter Franke erwies sich als herausragender Conférencier. Die durchaus doppelbödig aufzufassenden Lieder kann man sich in einer Aufnahme von 1976 noch einmal auf einer CD anhören, der auch ein gut gemachtes Booklet beigegeben ist.

Astel-Paul und die anderen – Deutsche Volkslieder im Deutschen Theater, CD, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2010, 14,95 Euro

Zum bevorstehenden 75. Geburtstag hat der Verlag Das Neue Berlin dem Schauspieler Carl Heinz Choyński, dessen größte Filmrolle die eines Altertumsforschers in „Unterwegs nach Atlantis“ (1977) war, ein Geschenk gemacht, das sich als Danaergeschenk erweist: Man ließ ihn seine Erinnerungen aufschreiben. Das könnte aufschlussreich sein, war Choyński doch über ein Vierteljahrhundert vielfältig einsetzbarer Chorgespieler des Berliner Ensembles. Doch darüber berichtet er nur recht beiläufig. Erfährt man etwas über die spezielle Spielweise der Weigel, über die May, die

Kraus, darüber, wie sich die Thalbach in die erste Reihe spielte, wie der Flörchinger war oder der Schwabe? Kein Wort darüber. Nicht mal über die Schwänke, die Choynski in der Moritzburg spielte, finden Erwähnung. Nach Ansicht vieler Kritiker spielte der Charakterkomiker seine schönste Filmrolle in dem Lustspiel „Liebesfallen“ (1976) an der Seite von Nina Hagen. Der Film wird nicht erwähnt, und auch in dem schmalen Fototeil sucht man ihn vergebens. Stattdessen berichtet der Autor launig von Kindheit, Lehr- und Studentenjahren, vergisst keine seiner Reisen und die Erwähnung aller nicht prominenten Reisebekanntschaften. Den meisten Anekdoten fehlt die Pointe. Immerhin ist das Kapitel über Vietnam recht aufschlussreich geraten, wo Choynski 1987 den DEFA-Film „Dschungelzeit“ drehte. Ansonsten: viel geschrieben und wenig gesagt.

Carl Heinz Choynski, Det is nich allet Kunst!, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011, 208 S., 16,95 Euro

Der kirgisische Szenenbildner Aktan Abdikalikow hat in den neunziger Jahren begonnen, eigene Filme zu drehen, und dafür zahlreiche internationale Preise erhalten. Sein jüngster Film „Der Dieb des Lichts“ gewann im vergangenen Herbst in Cottbus den Publikumspreis (und ist für den Auslands-Oscar nominiert). Abdikalikow, der inzwischen seinen Namen in Aktan Arym Kubat geändert hat, spielt selbst die Hauptrolle in dem bewegenden Alltagsfilm. Er ist der liebenswerte und manchmal ungestüme Elektriker Svet-Ake, der sich für seine Nachbarn einsetzt, die neuen Ausbeutern in die Hände zu fallen drohen. Ohne zu politisieren, erzählt er viel von der Situation in Kirgisistan in der Nach-Sowjet-Ära, aber auch der Nach-Bakijew-Zeit. Der humorvoll und poetisch erzählende Kubat porträtiert seine Landsleute teils liebevoll, teils bissig, und verbreitet Hoffnung.

Der Dieb des Lichts, seit 14.4. im Kino

Bebe

Der Iran, Libyen und die Bombe

von Wolfgang Schwarz

Iran darf nicht Nuklearmacht werden. Darüber besteht im Westen Konsens, und auch Russland und China haben sich wiederholt entsprechend geäußert. In den mit dieser Frage befassten internationalen Organisationen, vor allem bei den Vereinten Nationen und seitens der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), ist diese Position ebenfalls unstrittig, und Iran selbst erklärt immer wieder, keine Ambitionen im Hinblick auf den Erwerb von Atomwaffen zu haben, lediglich an einer friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert zu sein. Die billigt der 1970 in Kraft getretene Kernwaffensperrvertrag (NPT), dem Iran angehört, allen nicht nuklearen Mitgliedsstaaten auch ausdrücklich zu.

Als „legale“ Nuklearmächte, weil sie zum Zeitpunkt des Abschlusses des NPT bereits über diesen Status verfügten, gelten die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, als illegale Israel, Indien, Pakistan – allesamt dem NPT nie beigetreten – sowie Nordkorea – 2003 ausgetreten.

*

Nicht ernsthaft zu bestreiten ist, dass jeder zusätzliche Kernwaffenstaat über die neun heute existierenden hinaus bereits bestehende atomare Risiken weiter erhöhen und gegebenenfalls neue in die Welt setzen würde. Welche Risiken stehen dabei im Vordergrund?

Erstens – Kernwaffenexplosionen haben für die unmittelbar betroffenen Regionen vernichtende und über Generationen wirkende Folgen – Beispiele sind Hiroshima und Nagasaki, aber auch das Bikini-Atoll. Eine Eskalation zum nuklearen Schlagabtausch impliziert darüber hinaus ein globales Vernichtungsrisiko, und das ist auch mit der Beendigung des kalten Krieges und des atomaren Antagonismus zwischen den USA und Russland keineswegs gebannt. Der amerikanische Experte Jonathan Schell wies erst jüngst unter Hinweis auf neue Studienergebnisse darauf hin, „dass schon der Einsatz von 100 Atomwaffen in einem Konflikt zwischen Pakistan und Indien weltweit einen nuklearen Winter auslösen könnte, weil Städte brennen und Aschewolken die Sonne verdunkeln

würden“ (1). Nukleare Drohgebärden zwischen Indien und Pakistan, die bereits mehrfach Krieg gegeneinander geführt haben, gab es unter anderem im Kaschmir-Konflikt 2002.

Zweitens – das Risiko des Einsatzes von Kernwaffen bzw. nuklear ausgetragener Konflikte nimmt mit der Anzahl der Atommächte zu. Bereits die bipolare Konfliktsituation im Kalten Krieg, die sehr übersichtlich war und als relativ stabil galt, führte die Welt nichts desto trotz wiederholt an den Rand des nuklearen Infernos (Kuba-Krise 1962, Fehllalarm im sowjetischen Frühwarnsystem 1983). Für den Fall eines Kernwaffenerwerbs durch Iran haben amerikanische Experten vor dem Hintergrund der israelisch-iranischen Feindschaft kürzlich in Foreign Affairs die Möglichkeit eines nuklearen Erstschlags seitens Israel diskutiert – unter anderem weil Israels geringe territoriale Ausdehnung bedeute, dass „auch nur wenige Nuklearexplosionen auf seinem Territorium vernichtend wären“. Die Autoren verweisen darauf, dass Präventivschläge „ein tief verwurzeltes Element der strategischen Kultur Israels“ seien (Ägypten 1956 und 1967, Irak 1981, Syrien 2007). Und was einen nuklear bewaffneten Iran anbetrifft, so meinen die Autoren, dass dieser sich in einer Konfliktsituation angesichts der Möglichkeit eines Präventivangriffs veranlasst sehen könnte, seinerseits zuerst zuzuschlagen, weil er sich hinsichtlich seiner Atomwaffen einem „Use them or loose them“-Dilemma gegenübersehen könnte. (2)

Drittens – dass das Aufkommen neuer Nuklearmächte das Risiko regionaler atomarer Rüstungswettläufe in sich birgt, ist angesichts der Entwicklung auf dem indischen Subkontinent ebenfalls keine bloß theoretische Annahme mehr. Für den Fall einer Atombewaffnung Irans und wegen der seit langem bestehenden regionalen Rivalität verweisen Fachleute in diesem Kontext zuvorderst auf Saudi-Arabien. Das dortige Herrscherhaus hat bereits Dutzende ballistische Mittelstreckenraketen vom Typ CSS-2 von China erworben; die gelten als nicht treffsicher genug für einen militärisch effektiven Einsatz mit konventionellen Gefechtsköpfen, könnten aber nuklear armiert werden. Gefechtsköpfe müsste Saudi-Arabien nicht einmal selbst entwickeln und herstellen, sondern könnte sie unter Umständen von Pakistan erwerben. Beide Länder verbindet eine langjährige enge Partnerschaft.

Viertens – dass mit jeder weiteren Verbreitung der für Kernwaffen erforderlichen Materialien, Trägermittel und des notwendigen Know-hows auch das Risiko eines unautorisierten Zugangs durch Terrorgruppen steigt, ist eine weitere Gefahr. Dazu nochmals Jonathan Schell: „Es liegt in der Natur des wissenschaftlichen Fortschritts, dass Technologien mit der Zeit zugänglicher werden. Der Moment, an dem die Nukleartechnik in die Hand nichtstaatlicher Akteure fällt, wird zwangsläufig kommen.“ (3) Und womöglich rasch, wenn eine Nuklearmacht von gesellschaftlichen Konflikten geprägt, ja vom staatlichen Zerfall bedroht ist wie derzeit Pakistan. Sollten Terroristen in die Verfügungsgewalt von Atomwaffen gelangen, ist zu befürchten, dass sie diese nicht als Abschreckungsmittel betrachten sondern einsetzen werden.

Fünftens – die IAEA warnte bereits im Jahre 2005 davor, dass ohne entsprechende Fortschritte in der nuklearen Abrüstung damit gerechnet werden müsse, dass zwanzig bis dreißig Länder „in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren ihre technischen Fähigkeiten so weit vorantreiben, dass sie ... in wenigen Wochen auf ein Atomprogramm umstellen können“ (4). Diese Prognose mag übertrieben scheinen, doch die Möglichkeit, dass bei weiterer Erosion des NPT Schwellenländer wie Brasilien, Argentinien und Südafrika ihre früheren atomaren Ambitionen und Programme reaktivieren oder ihr wissenschaftlich-technisches und industrielles Niveau dazu nutzen könnten, welche zu entwickeln (Südkorea und andere), ist nicht von der Hand zu weisen. Brasilien etwa verweigert nach wie vor den Beitritt zum Zusatzprotokoll zum NPT, dass der IAEA unangekündigte, unbeschränkte Verdachtskontrollen ermöglicht.

*

Vor diesem Hintergrund darf nicht nur Iran keine Nuklearmacht werden. Im Interesse einer nachhaltigen Existenzsicherung der Menschheit darf es überhaupt keine weiteren Kernwaffenmächte mehr geben und muss eine kernwaffenfreie Welt das Ziel sein. Die bisherige Bilanz der internationalen Bemühungen um Nichtweiterverbreitung seit Inkrafttreten des Kernwaffensperrvertrages gibt allerdings wenig Anlass zu Optimismus, dass dies in absehbarer Zeit oder überhaupt erreicht werden kann. Zwar ist es gelungen, einige Schwellenländer zur Aufgabe ihrer

Atomwaffenbestrebungen und zum Beitritt zum NPT zu bewegen (Argentinien, Brasilien, Südafrika, Libyen), und in zwei weiteren Fällen hat Israel durch völkerrechtswidrige Bombenangriffe Nuklearanlagen zerstört, die vielleicht auch der Kernwaffenentwicklung dienen sollten, zerstört (Irak, Syrien), doch die Anzahl der Nuklearmächte hat sich seit 1970 fast verdoppelt. Ein Blick auf die Details ist auch ein Blick auf künftige Chancen.

Da ist zunächst die Feststellung zu treffen, dass dem NPT das Agreement zugrunde lag, dass alle nicht-nuklearen Mitgliedsstaaten diesen Status beibehalten und sich im Gegenzug die Nuklearmächte verpflichten, „Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ (NPT, Art. VI). Dieser Verpflichtung sind jedoch selbst die USA und die Sowjetunion, respektive Russland bisher nur in eingeschränktem Maße nachgekommen, denn während sie sich im START-Prozess und im Hinblick auf Mittelstreckenwaffen in Europa vor allem auf quantitative Reduzierungen und einige qualitative Beschränkungen verständigten, werden Weiterentwicklung und Neu-Beschaffung von Gefechtsköpfen und Trägersystemen bis heute fortgesetzt. Bei den USA laufen entsprechende Prozesse derzeit über das gesamte Spektrum der strategischen Triade (land-, see- und luftgestützte Systeme), bei Russland – aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen – in eingeschränkter Breite, und was den Zeithorizont anbetrifft, so befindet sich in den USA zum Beispiel die nächste Generation nuklearer Träger-U-Boote in Planung, deren erstes 2029 in Dienst gestellt werden soll. Vergleichbares nicht NPT-konformes Verhalten legen auch Großbritannien, Frankreich und China seit Jahrzehnten an den Tag. Am Rande des letzten NATO-Gipfels im November vergangenen Jahres in Lissabon äußerte der französische Präsident Nicolas Sarkozy gar, sein Land werde niemals auf seine nukleare Bewaffnung verzichten. Böse Zungen haben hin und wieder behauptet, der NPT sei vonseiten der Nuklearmächte von vorn herein nur darauf angelegt gewesen, ihre atomare Monopolstellung und ihren darauf beruhenden machtpolitischen Status in der Welt zu wahren. Einen unzweifelhaften Beweis, dass dies eine Unterstellung ist, sind die „legalen“ Atommächte bisher jedenfalls schuldig geblieben.

Hinzu kommt, dass die „legalen“ Kernwaffenmächte nicht nur in Bezug auf sich selbst gegen Geist und Buchstaben des NPT verstoßen haben. Der verpflichtet sie nämlich auch, „einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen ..., Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen (NPT, Art. I). Nicht genug damit, dass die fünf Mächte hinsichtlich der vier nuklearen Parias, die seit 1970 die internationale Bühne betreten haben, in keinem der Fälle konsequent gemeinsam vorgegangen sind, um den Erwerb von Atomwaffen durch Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea zu verhindern. Sie haben vielmehr deren Ambitionen zum Teil sogar direkt oder indirekt unterstützt (wie Frankreich gegenüber Israel und China gegenüber Nordkorea sowie Pakistan), stillschweigend geduldet (wie die USA gegenüber Pakistan) oder im Nachhinein de facto politisch sanktioniert (wie die USA gegenüber Indien).

Darüber hinaus haben auch nichtnukleare Mitgliedsstaaten des NPT dessen Substanz über die Jahre ausgehöhlt haben und tun dies weiter. Hier ist in erster Linie auf die so genannte nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu verweisen. Die Bereitstellung von nationalen Trägersystemen durch nichtnukleare europäische NATO-Staaten, darunter die Bundesrepublik, die im Kriegsfall amerikanische Kernsprengköpfe zum Einsatz bringen sollen, und das ganze Konstrukt der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, in der noch weitere Paktstaaten mitwirken, stellen einen Verstoß gegen Art. II des NPT dar, in dem es unter anderem heißt: „Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen ... oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen ...“

Angesichts dieser Sachverhalte verwundert es nicht, dass das NPT-Regime in der Konsequenz nicht in der Lage war, Staaten, die über die entsprechenden wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten verfügten und deren politische Führungen fest entschlossen waren, den Weg zur Atommacht einzuschlagen, am Erwerb von Kernwaffen zu hindern. Das wird nach dem Stand der Dinge im Falle des Iran nicht anders sein.

*

Damit stellt sich die Frage nach den Fähigkeiten des Landes und der Entschlossenheit der Tehe-

raner Machthaber. Die Medienberichterstattung dazu – unter Rückgriff auf vorgebliche Informationen von Geheimdiensten und Insidern – gleicht einer Achterbahnfahrt im Nebel: „Iran kann Atombombe frühestens 2011 bauen“ (*Die Welt*, April 2007), „Testzündung eventuell 2010“ (*Der Spiegel*, Juli 2009), „Iran hat das Design für einen fortgeschrittenen Atomsprengkopf entwickelt“ (*Süddeutsche Zeitung*, Februar 2010), „Noch zwei Jahre bis zur Atombombe“ (*Focus*, Februar 2011). Fakt ist, dass im Dezember 2010 aus Teheran verlautbarte, man beherrsche nun den kompletten Zyklus zur Herstellung von Kernbrennstoff – iranischen Wissenschaftlern sei die Herstellung von sogenanntem Yellowcake, konzentriertem Uran, gelungen, dem Ausgangsstoff der Urananreicherung. Während für „schmutzige“ Atombomben lediglich hoch radioaktives Material vonnöten wäre, das mittels einer konventionellen Explosion flächig verteilt würde, ist für herkömmliche Sprengköpfe, wie sie in Hiroshima und Nagasaki zum Einsatz kamen, hoch angereichertes Uran erforderlich.

Die Fähigkeit zur Beherrschung der Urananreicherung allein ist jedoch noch kein hinreichendes Indiz für das Streben nach Kernwaffen, da niedrig angereichertes Uran auch in Kernreaktoren zum Einsatz kommt. Daher ist im NPT die Anreicherung als solche auch Nichtnuklearstaaten nicht untersagt. Allerdings stoßen die ständig wiederholten Beteuerungen Irans, nur an einer friedlichen Nutzung der Atomtechnologie zur Energieerzeugung interessiert zu sein, auf erhebliche Skepsis – angesichts des Katz- und Maus-Spiels, das Teheran seit Jahren mit der internationalen Gemeinschaft in Sachen Atompolitik treibt. Und wozu investiert ein Land, das über die zweitgrößten Öl- und Gasreserven weltweit verfügt und sich auf Jahrhunderte selbst mit Energie versorgen kann, Milliarden in Atomtechnologie, die noch dazu eine Auslauf-Technologie ist, der nach aktuellen Prognosen in wenigen Jahrzehnten der Rohstoff Uran ausgehen wird? Wenig überzeugend klingt auch, was der iranische Vertreter bei der IAEA, Ali Asghar Soltanieh, unlängst auf einer Konferenz in Wien vorgetragen hat: „Falls wir uns entschieden, Atomsprengköpfe herzustellen: Könnten wir jemals mit den fünf Atommächten konkurrieren? 100 Prozent Nein. Nuklearwaffen anzustreben würde uns vielmehr verwundbar machen. Sie wären ein Nachteil für den Iran. Deshalb werden wir niemals einen solchen strategischen Fehler begehen.“ (5) Eine mögliche Konkurrenz zu den fünf Mächten haben allerdings nicht einmal die USA in Zeiten höchster antiiranischer Hysterie unter George W. Bush jr. Teheran unterstellt. Eine Konkurrenz zur Nuklearmacht Israel dürfte da schon eher im Bereich des längerfristig Möglichen liegen. Das Hauptmotiv für ein iranisches Streben nach Kernwaffen könnte jedoch in einer anderen Richtung zu suchen sein: Noch niemals ist ein Land, das über Kernwaffen verfügt, von den USA, vom Westen massiv militärisch angegriffen worden. Und die jüngsten Entwicklungen könnten solchen Erwägungen im Iran eine zusätzliche Dynamik verleihen: Libyen hat sein Nuklearprogramm im Jahre 2003 aufgegeben und sich auch damit den Weg zurück in die internationale Gemeinschaft geöffnet. Damals soll das Land noch drei bis sieben Jahre von der Bombe entfernt gewesen sein. Schwer vorstellbar, dass ein atomar bewaffnetes Libyen sich heute massiven Angriffen von Streitkräften diverser NATO-Staaten ausgesetzt sähe.

*

Natürlich bleibt jede Mutmaßung über die tatsächlichen Ambitionen Teherans so lange Spekulation, bis das Land entweder vielleicht doch noch umfassende Kontrollen zulässt und sich auf der Basis internationaler Vereinbarungen gewissen Einschränkungen etwa hinsichtlich der Urananreicherung unterwirft oder – bis es die erste Testexplosion gezündet hat. Bis dahin ist es allerdings besser, von der letztgenannten Möglichkeit auszugehen.

Das führt abschließend zu der im Rahmen dieser Betrachtung entscheidenden Frage, ob eine Kernwaffenmacht Iran noch zu verhindern ist. Mit (völkerrechtswidrigen) Militärschlägen zur Ausschaltung kerntechnischer Anlagen im Iran, wie sie von Israel in der Vergangenheit zweimal exekutiert und im Falle Irans bereits mehrfach angedroht worden sind und die auch von den USA nicht definitiv ausgeschlossen werden, wohl kaum. Experten stimmen darin überein, dass dies iranische Bestrebungen allenfalls zeitlich verzögern, zugleich aber unkalkulierbare Eskalationsrisiken – militärisch und wirtschaftlich – in sich bergen und mit Sicherheit Volk und Führung des Landes antiwestlich zusammenschweißen würde. Und die von den USA und ihren Verbündeten

gegen Iran verhängten Boykottmaßnahmen haben bisher nicht zum gewünschten Einlenken Teherans geführt. Das liegt nicht in erster Linie daran, dass Russland und China diese Maßnahmen nur halbherzig mittragen bzw. sich einem umfassenden, wirklich einschneidenden Boykott verweigern. Dabei mögen die Beweggründe Russlands und Chinas nichts weniger denn altruistisch sein, doch ein umfassender Boykott träfe vor allem die Bevölkerung, ohne im Sinne des angestrebten Ziels zwangsläufig effektiver zu sein. Das sollten die USA selbst am Besten wissen – aus den Erfahrungen mit ihrer jahrelangen Boykottpolitik gegen den Irak. Dort waren die Boykottmaßnahmen unter anderem mit ursächlich für den Tod von bis zu einer halben Million Kindern. (6) Einmarschiert werden musste – aus Sicht der USA – zum Schluss trotzdem.

Das Hauptmanko eines Boykotts als machtpolitisches Instrument besteht in seinem konfrontativen Charakter, in dem Versuch, die andere Seite zu Wohlverhalten zwingen, sie zu demütigen, „kleinzukriegen“. Das führt fast zwangsläufig zu Gegenreaktionen, die den gewollten Zweck mindestens konterkarieren.

Kann die internationale Gemeinschaft also nur die Hände in den Schoß legen und fatalistisch abwarten? Keineswegs. Ein Paradigmenwechsel, insbesondere seitens der USA und anderer westlicher Mächte, wäre allerdings erforderlich – vom Versuch, eine konfrontative Lösung zu erzwingen, zu einem Ansatz, der auf eine kooperative Lösung zielt und den Iran nicht als ideologischen und militärischen Feind betrachtet, sondern als potenziellen Kooperationspartner. Auf einer solchen Grundlage könnten die USA – gegebenenfalls gemeinsam mit Russland und China sowie flankiert durch ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – Iran für den Fall eines nachprüfbareren Verzichts auf die Atomwaffenkarte zum Beispiel eine militärische Sicherheitsgarantie gegen Angriffe Dritter anbieten sowie den freien Zugang zu allen für die friedliche Nutzung der Kernenergie notwendigen Technologien garantieren, sollte das Land denn daran festhalten wollen.

Über den aktuellen Einzelfall Iran hinaus hat die Nichtweiterverbreitung mittel- und längerfristig im Übrigen nur eine Chance auf Fortbestand und Konsolidierung, wenn die oben skizzierten Mängel im heutigen NPT-Regime schrittweise, aber nachhaltig behoben werden. Ein Anfang in diesem Sinne könnte unter anderem damit gemacht werden, dass Abschied genommen wird von der Strategie der nuklearen Abschreckung, weil die im Zeitalter der Proliferation die Krankheit verschlimmert, für deren Therapie sie von ihren Verfechtern gehalten wird. Ein sachkundiges Plädoyer in diesem Sinne haben kürzlich George P. Shultz, William J. Perry, Henry A. Kissinger und Sam Nunn gehalten. (7)

*

Utopische Vorstellungen? Möglicherweise – aber mit solchen haben viele grundlegende Veränderungen ihren Anfang genommen. Allerdings oft erst unter dem Druck der Ereignisse. Daher gilt – mit den (auf den Klimawandel gemünzten) Worten Egon Bahrs im Einleitungsbeitrag zur vorliegenden Blättchen-Ausgabe wohl auch in diesem Fall: „Gerade weil so schwer vorstellbar ist, dass die Staaten ihr Feilschen... durch harte internationale Verbote ersetzen, damit eine unkontrollierbare Katastrophe doch noch rechtzeitig abgefangen werden kann, ist zu wünschen, dass es früh genug ausreichende Katastrophen gibt, die ausreichenden Handlungszwang für die Regierungen auslösen.“

(1) - Der Spiegel, 13/2011

(2) - Edelman, E. S. / Krepinovich jr., A. F. / Montgomery, E. B.: The Dangers of a Nuclear Iran. The Limits of Containment, in: Foreign Affairs, Jan - Feb 2011

(3) - Der Spiegel, a.a.O.

(4) - Frankfurter Rundschau, 04.08.2005

(5) - Zit. nach: Streitkräfte und Strategien (NDR) v. 04.12.2010 (http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript233.pdf)

(6) - Vgl. Cockburn, A.: Der andere Krieg gegen den Iran, in: Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe) vom 10.09.2010

(7) - Siehe Shultz, G.P. / Perry, W.J. / Kissinger, H.A. / Nunn, S.: Deterrence in the Age of Nuclear Proliferation, Wall Street Journal, 07.03.2011

Alles privat? – Die Ausbildung libyscher Sondereinheiten durch deutsche Spezialisten

von Erich Schmidt-Eenboom

Vorbemerkung der Redaktion: Am 13. April 2011 hat Deutschland fünf libysche Diplomaten ausgewiesen, vor allem Geheimdienstler, die Oppositionelle in der Bundesrepublik ausgespäht und drangsaliert hatten. Nur Heuchler im Kanzleramt würden behaupten, dieser Tatbestand sei neu. Neu ist nur, dass deutsche Sicherheitsbehörden nicht länger den Gönner Gaddafis geben. Wie groß war die Unterstützung seines Polizei- und Geheimdienstapparats? Eine Spurensuche. (Der Autor ist Leiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V. in Weilheim/Obb.)

Libyen hatte sich ab 1999 schrittweise aus seiner internationalen Isolation befreit. Es erklärte einseitig den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen, trat dem Chemiewaffenabkommen und dem Atomteststoppvertrag bei und unterzeichnete das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag. Zugleich hatte der Revolutionsführer Muammar al Gaddafi dem Export von Terror abgeschrieben und diesbezügliche Altlasten bereinigt. Er übernahm die Verantwortung für das Bombenattentat auf die Boing 747 der PanAm im Dezember 1988, dem 270 Menschen bei der schottischen Ortschaft Lockerbie zum Opfer gefallen waren, und ließ den früheren Geheimdienstler Megrabi und einen Mittäter an Großbritannien ausliefern, das anschließend die diplomatischen Beziehungen zu Tripolis wieder aufnahm. Megrabi wurde von einem schottischen Gericht in den Niederlanden zu lebenslanger Haft verurteilt. Eine schottische Justizkommission entschied im Juni 2007, dass der Prozess gegen ihn wieder aufgenommen werden musste, weil der Libyer mit falschen Indizien angeklagt worden war (1).

Obwohl auch die Führung des libyschen Nachrichtendienstes stets eine Involvierung dementiert hatte, leistete Gaddafi enorme Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen. Zehn Jahre nach dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ im Jahre 1988 lieferte Libanon den mutmaßlichen Drahtzieher, den seinerzeit beim libyschen Volksbüro beschäftigten Palästinenser Yassir Schraidi, an die Bundesrepublik aus. Und am 3. September 2004 unterzeichneten die Gaddafi-Stiftung für Wohltätigkeitsorganisationen und die Anwälte von 168 Opfern in Tripolis eine Entschädigungsvereinbarung über 35 Millionen US-Dollar für die mehr als 220 Deutschen, die bei dem Attentat verletzt worden waren. Endgültig war Libyen jedoch erst im Mai 2006 von der Liste jener Nationen gestrichen worden, die den Terror unterstützen. Zuvor hatten die Vereinten Nationen bereits 2003 das bestehende Sanktionsregime aufgehoben hatten und die Europäische Union 2004 ihr Waffenembargo.

*

Die Bundesrepublik war dem Wüstenstaat, aus dem sie ein Drittel ihres Ölbedarfs deckt, zu besonderem Dank verpflichtet. Am 6. Juli 1999 hatte der Bundesnachrichtendienst eine Terrorwarnmeldung an das Kanzleramt geschickt, die die Befürchtung aussprach, dass die Abu-Sayyaf-Gruppe auf den Philippinen Touristen entführen könnte, um Lösegeld zu erpressen. Ende April 2000 traf diese Vorhersage ein, als das deutsche Ehepaar Werner und Renate Wallert und ihr Sohn Mare zusammen mit Touristen aus aller Herren Länder auf der Insel Jolo gekidnappt wurden. Der BND richtete daraufhin den Sonderstab Jolo ein, um die Geiseln zu befreien, und schloss sich mit den finnischen und französischen Nachrichtendiensten kurz, da auch Staatsangehörige ihrer Länder von dem Verbrechen betroffen waren. Bis zu 50 Agenten hatten BND, die SKYPO (Skyddspolisen) in Helsinki und die Pariser DGSE (Direction General de Securite Exterieur) dabei weltweit im Einsatz.

Am 4. Mai wies die Deutsche Botschaft in Tripolis die Bundesregierung daraufhin, dass Libyen in dieser Angelegenheit hilfreich sein könnte, weil der frühere libysche Botschafter in Manila, Rajah Azzarouq, bereits mehrfach zwischen der Regierung und den Muslim-Rebellen vermittelt habe. Daraufhin flog BND-Präsident August Hanning am 14. Juni zum ersten Mal zu seinem libyschen Counterpart Moussa Koussa, den er aus seiner Amtszeit als Abteilungsleiter im

Kanzleramt kannte. Er besuchte Tripolis wieder am 24. Juli, setzte die Verhandlungen mit Gaddafis Sohn Seif al Islam sieben Tage später in Wien fort und reiste am 28. August erneut nach Libyen. Im Juli war Renate Wallert bereits als erste Geisel überhaupt freigelassen worden, anschließend ihr Mann und am 9. September Sohn Mare. Die Bundesregierung betonte stets, kein Lösegeld an die philippinischen Terroristen gezahlt zu haben, das hatte die Wohltätigkeitsstiftung von Gaddafis Sohn erledigt.

Eigentlich hätte Renate Wallert von den Abu-Sayyaf-Rebellen bereits am 13. Mai freigelassen werden sollen, aber die Aktion scheiterte, weil sich zu viele Akteure in die Verhandlungen einzumischen versuchten, der vermögende Chinese Li Peng Wee beispielsweise zugunsten einer Geisel aus Malaysia. Das größte Störfeuer kam jedoch aus Deutschland vom Geheimdienstkoordinator der Vorgängerregierung, Bernd Schmidbauer. Sein Vertrauter, der Privatdetektiv Werner Mauss, versuchte sich – flankiert von telefonischen Interventionen seines alten Bekannten Schmidbauer – den deutschen Sicherheitsbehörden in Manila als Vermittler aufzudrängen, nachdem der Versuch, von Geheimdienstkoordinator Ernst Uhlrau offiziell beauftragt zu werden, bereits gescheitert war. Am 15. Mai hatten sich die Finnen über „separate Verhandlungsbemühungen“ beschwert, und sie blieben nicht die einzigen. „Besonders unangenehm waren Verdächtigungen der Franzosen, uns wurde Mitte Mai versteckt, aber auch offen vorgeworfen, wir würden Sonderwege gegen, obwohl gerade wir auf engste Koordination gedrungen hatten“ (2), sagte der BND-Chef dem Hamburger Magazin stern. Erst, nachdem der Staatssekretär im Außenamt, Wolfgang Ischinger, den Abgeordneten Schmidbauer am 19. Juni 2000 telefonisch nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass weder er noch Mauss den Eindruck erzeugen sollten, sie hätten in dieser Sache einen Auftrag der Bundesregierung, hatten die libyschen Bemühungen endgültig Erfolg (3).

*

„Der Besuch von Bundeskanzler Schröder in Libyen am 14./15.10.2004 markierte den Beginn des Ausbaus der bilateralen Beziehungen“, erklärt die Website des Auswärtigen Amts in Berlin, „Bundesaußenminister Steinmeier besuchte Libyen nach 2006 erneut im ersten Halbjahr 2007, während der deutschen EU-Präsidentschaft“. Wie hoch im Kurs Libyen zu dieser Zeit auch beim BND stand, zeigt die Tatsache, dass der Sohn Gaddafis, Seif al Islam al Gaddafi, beim BND-Symposium im November 2005 im Berliner Hotel Estrel zum Thema Proliferation vom BND als prominentester Gastredner begrüßt wurde (4).

Im Jahr 2004 hatte Gaddafi erstmals wieder nach 15 Jahren einer Delegation von amnesty international die Einreise gestattet. Die Menschenrechtsorganisation beklagt weiterhin die systematische Missachtung der Menschenrechte in Libyen. Dass Folter und Repression im Innern trotz aller Änderungen in der Außenpolitik das Bild des Staates in Deutschland prägen, wurde im April 2008 deutlich: Der Vorsitzende der deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, betonte, in einem Schurkenstaat wie Libyen hätten deutsche Polizisten nichts zu suchen, und der grüne Innenexperte Volker Beck vertrat die Auffassung, „Schergen eines solchen Systems dürften nicht durch deutsche Staatsdiener ausgebildet werden“ (5).

Auslöser dieser harschen Kritik war ein Bericht der *Berliner Zeitung*, demzufolge libysche Sicherheitskräfte 2006 durch deutsche Polizisten geschult worden waren. Der Bundesnachrichtendienst habe diese private Ausbildungskooperation begleitet, berichtete das Hauptstadtblatt unter Berufung auf Sicherheitskreise und führte zudem aus, diese Zusammenarbeit mit Tripolis sei nach dem Besuch des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder beim libyschen Staatschef im Oktober 2004 vereinbart worden (6).

Der BND bestritt umgehend eine Verwicklung in den Skandal: „Der Bundesnachrichtendienst hat weder Ausbildungshilfe geleistet, noch war er beratend oder begleitend eingebunden“, erklärte ein Pressesprecher am 5. April 2008 (7). Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder dementierte ebenfalls. Ein Sprecher Schröders sagte, solche Darstellungen seien „offenkundig an den Haaren herbeigezogener Unsinn“. Der Alt-Kanzler habe einen Rechtsanwalt eingeschaltet, um die „falschen Behauptungen“ richtigstellen zu lassen. Rückendeckung erhielt er durch den AA-Staatssekretär Wilhelm auf der Bundespressekonferenz am 7. April 2008: „Es gab am Wochenende einen Kontakt zu dem damaligen Leiter der Abteilung zwei des Bundeskanzleramtes, also der außen- und sicher-

heitspolitischen Abteilung, der aufgrund seiner eigenen Teilnahme an der Reise deutlich gemacht hat, dass das, was in dem Artikel dargelegt worden ist, in dem Gespräch keine Rolle gespielt hat, dass es also eine solche Koppelung an eine – in Anführungszeichen – Leistung Libyens im Zusammenhang mit der Befreiung der Familie Wallert in dem Gespräch nicht gegeben hat“.

Im Zuge der weiteren Berichterstattung in den zitierten Medien kristallisierte sich dann ein nahezu umfassendes Bild der Affäre heraus. Mitte Juni 2005 war eine fünfköpfige Gruppe deutscher Sicherheitsexperten, darunter ein ehemaliger Soldat und zwei aktive Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen, zu einer vierwöchigen Sondierungsreise nach Libyen geflogen. In diesem Team befand sich auch Ralf Kummer, Jahrgang 1968, ehemaliger Kommissar in der GSG-9 (Grenzschutzgruppe 9) und diplomierter Verwaltungswirt aus Bielefeld. Kummer hatte bereits Militärkräfte in Afrika geschult.

Die im ostfriesischen Wiesmoor ansässige Firma BDB Protection GmbH nahm die Ausbildung selbst im Dezember 2005 auf. Vier ständige Trainer und eine wechselnde Anzahl zusätzlich eingeflogener Spezialisten – insgesamt etwa 40 – trainierten bis Anfang Juni 2006 insgesamt 120 libysche Polizisten sowie 30 Geheimdienstler. Der Tross wohnte zunächst in einer Polizeikaserne in Tripolis, bis er in ein angemietetes Wohnhaus umzog. Das Ausbildungsprogramm begann mit dem vierwöchigen Kurs „Taktisches Vorgehen bei Zugriffen in Gebäuden“ gefolgt von einem einwöchigen Fahrtraining. Anschließend wurden das Entern von Schiffen und das Absetzen aus Hubschraubern geübt. Nach Aussage eines Ausbilders war die Vorqualifikation der einheimischen Polizisten desaströs, das Training musste bei Null anfangen. Der finanzielle Umfang dieses Geschäfts betrug 1,6 Millionen Euro, von denen jedoch allein 200.000 für Dolmetscherkosten und etwa eine halbe Million an Provisionen zu Buche schlugen (8). Ehemalige deutsche Polizisten verdienten dabei 4.000 Euro pro Monat, die noch aktiven bis zu 15.000.

*

Nachdem sich ein Insider des Landeskriminalamts von Nordrhein-Westfalen im Sommer offenbart hatte, nahm die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf Ermittlungen auf. Die Sonderkommission „EK Juli“ durchsuchte dabei auch die Büros im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste in Neuss. Die Ermittlungen richteten sich zunächst gegen acht Beamte aus Bielefeld, Köln und Essen – darunter wegen Geheimnisverrats gegen einen 48-jährigen Hauptkommissar, der verdächtigt wurde, den Libyern geheime Schulungsunterlagen überlassen zu haben. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens ließ sogar die Urlaubsanträge aller 700 Beamten der Spezialeinsatzkommandos des Landes auf verdächtige Aufenthalte in Nordafrika prüfen. Anschließend gerieten auch drei Beamte aus Baden-Württemberg ins Visier der Fahnder.

Als besonders pikant erwies sich die Involvierung eines Hauptfeldwebels der Bundeswehr, weil dieser zugleich dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, als Personenschützer gedient hatte. Nachdem er im April 2006 vom Dienst suspendiert worden war, gab er gegenüber dem Wehrdisziplinaranwalt an, seine militärischen Vorgesetzten und der Bundesnachrichtendienst hätten von seiner Tätigkeit in Libyen Kenntnis gehabt und auch die Polizei eines Bundeslands sei an der Ausbildung beteiligt gewesen. Auf Anfrage des Wehrdisziplinaranwalts vom Frühsommer 2006 erklärte der BND jedoch im Herbst, kein BND-Mitarbeiter kenne den Unteroffizier, der in einer Berliner Sicherheitsfirma tätig ist, die auch den Schutz der libyschen Botschaft in Berlin leistet (9).

Die BDB war zwar aufgelöst worden, aber ihr Geschäftsführer war anschließend für das Sicherheitsunternehmen IPM unter derselben Wiesmoorer Adresse tätig (10) und der an der BDB-Ausbildung beteiligte Hauptfeldwebel der Bundeswehr versuchte vergeblich, über die Firma „Sicherheitsgruppe Berlin GmbH“ zusammen mit Bundeswehrkameraden ein Nachfolgeprogramm auf die Beine zu stellen. Der Geschäftsführer der BDB Protection GmbH, Volker Bergmann, ein ehemaliger Angehöriger der GSG-9, bestritt jede politische Rückendeckung für sein Geschäft mit dem libyschen Innenministerium: „Die Bundesregierung war daran in keiner Form beteiligt, der Bundesnachrichtendienst hat uns nicht unterstützt – und die Rolle aktiver Polizisten in Libyen wird übertrieben“, erklärte er gegenüber der Wochenzeitung *Die Zeit*. Vermittelt habe den Deal die britische Briefkastenfirma IboS Ltd. (11)

Seine Version der Anbahnung des Geschäfts hat der Inhaber der IboS Ltd., Jörg S., der zehn

Jahre Beamter der Bundespolizei und anschließend bis 1994 Agent des Bundesamts für Verfassungsschutz war, bevor er sein Unternehmen in London gründete, in der Bild-Zeitung zu Protokoll gegeben: „Im April 2005 kam es zum ersten Treffen. Ein libyscher Geschäftsmann aus Bad Godesberg bei Bonn fragte mich, ob ich in Libyen Polizisten ausbilden könne. Ich war interessiert, saß eine Woche später bereits im Flugzeug nach Tripolis. Am 3. Mai 2005 sprach ich mit dem Chef der libyschen Polizeiakademie, General Dr. Mohammed Ibrahim Ellassibie, und anderen hohen Polizeioffizieren. Das libysche Innenministerium suchte deutsches Know-how, wollte eine Elitepolizeieinheit nach dem Vorbild der GSG 9. Sie suchten eine umfassende Ausbildung einer Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung. Außerdem sollte ich ein Sicherheitskonzept für Hafen und Flughafen der Hauptstadt Tripolis erstellen. Vorgesehene Gesamtdauer: 10 bis 12 Monate ... Zurück in Deutschland nahm ich Kontakt zum Koordinator der Polizei-Spezialeinheiten beim Landeskriminalamt in Düsseldorf, auf ... Er sollte mir ehemalige Elitepolizisten empfehlen, die in der Lage wären, eine solche Spezial-Ausbildung in Libyen durchzuführen. Der Hauptkommissar stellte einen Kontakt zu seinem früheren Stellvertreter beim Sondereinsatzkommando, Volker Bergmann, her“. Daraufhin schloss IboS am 16. Juni 2005 einen Kooperationsvertrag, demzufolge die BDB als Subunternehmer in Libyen fungieren sollte. Zum weiteren Ablauf erklärte der IboS-Inhaber: „Zwei Tage später flog ich mit vier ehemaligen Elite-Polizisten zu einer einmonatigen Recherche-Mission nach Tripolis. Wir wurden von Offizieren des Innenministeriums abgeholt, wohnten im Polizeioffizierheim. Wir wurden wie Diplomaten behandelt. Sie zeigten uns alles. Ihre Spezialeinheiten, den Hafen, den Flughafen. Wir hatten Zutritt zu allen sicherheitsrelevanten Bereichen. Das Innenministerium stellte auch Fahrzeuge und Fahrer zur Verfügung. Wir waren First-Class-Gäste. Wir erstellten Analysen, wie heikle Orte zu schützen wären, schrieben auf, wo offensichtliche Schwachstellen gegeben waren, um ein konkretes Angebot abgeben zu können ... Parallel dazu erstellte ich ein Angebot für den Aufbau einer Spezialeinheit nach dem Vorbild der GSG 9. Am 2. August 2005 wurde das Angebot an das libysche Innenministerium übergeben. Die veranschlagten Kosten: 1,802450 Millionen Euro. Das Konzept wurde von der libyschen Regierung angenommen. Lediglich über den Preis sollte noch nachverhandelt werden. Jeder ehemalige deutsche Elite-Polizist sollte rund 15.000 Euro monatlich verdienen. Sie sollten 120 Anti-Terror-Polizisten auswählen und ausbilden: Schieß-Training, Verhalten bei Geiselnahmen, Personenschutz.“ Doch wenige Tage später bootete die BDB IboS aus: Sie übernahm deren Konzept und bot es preiswerter an. Jörg S. verklagte seinen ehemaligen Partner daraufhin vor dem Oberlandesgericht Köln und bekam eine Vertragsstrafe von 100.000 Euro zugesprochen, die er jedoch wegen der Insolvenz der BDB nie erhielt (12).

Offen bleibt in der Darstellung von Jörg S., wer den Kontakt zwischen ihm und dem libyschen Geschäftsmann aus Bad Godesberg hergestellt hat. Hier behauptet ein ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung 5 des BND, seine Behörde habe den Deal eingefädelt. Doch dagegen steht das offizielle Dementi des Bundeskanzleramts und des BND, und auch die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf gewann keine Erkenntnisse über eine Einbindung des Bundesnachrichtendienstes (13). Zunächst betonte das Auswärtige Amt (AA) gar nichts gewusst zu haben, später räumte es ein, es sei bei einem von einem deutschen Fußballschiedsrichter gepfiffenen Spiel zweier libyscher Mannschaften in der VIP-Longue des Stadions im November 2005 zu einer Begegnung zwischen den deutschen Polizisten und Vertretern der Botschaft – darunter dem BND-Residenten – gekommen. Nachdem die BND-Station in Tripolis lange verwaist gewesen war, zog zugleich mit dem frisch ernannten Botschafter Bernd Westphal im August 2005 ein neuer BND-Resident in die deutsche Vertretung an der Sharia Rassan es Mashai ein. Maßgeblich für die Wiederbesetzung der Residentur war das stetige Anwachsen der terroristischen Bedrohung aus Nordafrika in den Nachbarstaaten Libyens. Allein eine Untergruppe der in Algerien operierenden GSPC (Salafistische Gruppe für Gebet und Kampf) hatte 2003 32 Touristen, darunter 16 Deutsche, entführt, und 2006 stammte – laut Interpol – die Hälfte aller in der Europäischen Union festgenommenen Terrorverdächtigen aus Algerien, Tunesien und Marokko. Überdies hatte sich die GSPC mit anderen Organisationen zur Al Qaeda im islamischen Maghreb zusam-

mengeschlossen und unterhält im Norden von Mali mobile Ausbildungslager (14).

*

Der ehemalige Geschäftsführer der BDB erklärte, es habe 2006 mindestens drei bis vier Essen mit deutschen Botschaftsangehörigen in Tripolis gegeben. Er könne allerdings nicht sagen, ob der BND-Resident darunter gewesen sei, weil der sich nicht zu erkennen gegeben habe. Laut *Berliner Zeitung* traf sich der Statthalter des deutschen Geheimdienstes in der libyschen Hauptstadt 2005/06 mehrfach mit dem Chef des deutschen Sicherheitsunternehmens, bis ihm dieser Kontakt im Sommer 2006 von der Zentrale untersagt wurde (15). Bei den Gesprächen war es auch um den oft kläglichen Leistungsstand der libyschen Spezialkräfte gegangen. Der BND-Resident berichtete vier Mal an seine Zentrale und gab dabei die Anzahl der beteiligten deutschen Polizisten fälschlicherweise mit nur etwa zwölf Mann an.

Bei der dreistündigen Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) am 9. April 2008 standen BND-Präsident Ernst Uhrlau und Innenstaatssekretär August Hanning den Abgeordneten Rede und Antwort. Danach hatte das PKG mehrheitlich beschlossen, dass dem BND nichts vorzuwerfen sei, erklärte der stellvertretende Vorsitzende Max Stadler (FDP). Grüne und Linkspartei trugen den Mehrheitsbeschluss jedoch nicht mit. Der Vorsitzende des Gremiums, Thomas Oppermann (SPD), räumte ein, dass der BND-Vertreter in Tripolis die Aktivitäten der BDB beobachtet und entsprechende Berichte nach Deutschland weitergeleitet hatte, die BND-Auswerter hätten die Brisanz jedoch nicht erkannt. Deshalb seien die Informationen dem BND-Präsidenten nicht vorgelegt worden. Insgesamt bescheinigte Oppermann dem BND jedoch, sich „korrekt verhalten“ zu haben (16). „Es würde nicht für die Effizienz und Leistungsfähigkeit des Dienstes sprechen, wenn dem BND die Aktivitäten der deutschen Polizisten in Libyen verborgen geblieben wären“, sagte Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic (Linkspartei) der *Berliner Zeitung*. Zudem könne er sich nur schwer vorstellen, dass eine sicherheitspolitisch so heikle Kooperation hinter dem Rücken des BND ablaufe. Ähnlich äußerte sich der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele (17).

Für das abrupte Ende des eigentlich auf eine zweite Marge angelegten BDB-Engagements, bei dem die Ausbilder nicht einmal alle Sachen abtransportieren konnten, gab es einen Grund: Das deutsche Bundesamt für Ausfuhrkontrolle hatte die Ende 2005 beantragte Genehmigung zur Lieferung von 140 Pistolen der Firma Sig-Sauer aufgrund von Einsprüchen des BND und des Auswärtigen Amtes versagt, obwohl 2004 das EU-Waffenembargo gefallen war. Begründet hatte Libyen den Wunsch nach diesen Waffen mit dem Schutz einer gemeinsamen Konferenz der Europäischen und der Afrikanischen Union Ende November 2006 in Tripolis, an der auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble teilnehmen sollte. Doch dieses Argument erwies sich als Vorwand, weil die Ausbildung der libyschen Personenschützer durch das Bundeskriminalamt erst im Dezember beginnen sollte. Mit der Absage der Deutschen war der Weg dann für italienische, britische, französische und amerikanische Firmen frei, auf der Basis offizieller Verträge militärische und paramilitärische Ausbildungskurse anzubieten. Frankreich sprang beispielsweise bei der Ausbildung von Gaddafis Personenschützern in die Bresche (18).

Gehofft hatte der libysche Revolutionsführer immer auf offizielle Unterstützung aus der Bundesrepublik. Bereits im Herbst 2004 hatte der Chef des libyschen Auslandsnachrichtendienstes Moussa Koussa den damaligen Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier persönlich um Hilfestellung bei der Ausbildung libyscher Sicherheitskräfte gebeten und im Gegenzug angeboten, die festgefahrenen Verhandlungen über die Entschädigung der Opfer des im April 1986 verübten Anschlags auf die Berliner Diskothek „La Belle“ wiederzubeleben. Knapp zwei Jahre später, im Juni 2006, wurden Gaddafis Sohn Seif al Islam und der libysche Botschafter in Berlin Daid Abulati Mohamed beim nunmehrigen Außenminister Steinmeier vorstellig, um im Beisein von Innenstaatssekretär August Hanning für die deutsche Vermittlung bei der Schadensregulierung im Fall „La Belle“ zu danken. Bei dieser Gelegenheit trugen sie erneut ihre Bitte um Ausbildungsunterstützung für Personenschützer vor, der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble seit März 2006 prinzipiell positiv gegenüberstand. Daraufhin reiste eine Delegation des Innenministeriums verstärkt durch Beamte des Bundeskriminalamts am 19. Juli 2006 zu Sondierungsgesprächen nach Tripolis. Nur einen Mo-

nat später flog eine zweite Gruppe deutscher Sicherheitsbeamter in derselben Sache erneut nach Libyen. Nach offizieller Darstellung kam es jedoch nicht zum Abschluss einer Vereinbarung über ein Training für Spezialeinsatzkräfte oder die Leibgarde Gaddafis (19).

Ein ehemaliger nordrhein-westfälischer Polizeibeamter, der bis Mitte 2006 in Libyen gearbeitet hatte, erklärte jedoch am 9. April 2008, auch nach Abbruch der BDP-Ausbildung habe eine Gruppe aus ehemaligen GSG-9-Männern, SEK-Leuten und Feldjägern mindestens bis Anfang 2008 weiterhin Libyer ausgebildet haben. Dabei sei es darum gegangen, eine Spezialeinheit von Gaddafis Geheimpolizei an westliche Standards heranzuführen (20).

- (1) - Vgl. Süddeutsche Zeitung 29.6.2007: Lockerbie-Urteil fragwürdig und Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.8.2007: Explosiver Widerruf
- (2) - stern 39/2000, S. 238
- (3) - Vgl. stern 39/2000: Stunde der Wichtigsten und Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.9.2000: Der Bundesnachrichtendienst spielte eine wichtige Rolle bei der Befreiung der Wallerts
- (4) - Vgl. Der Spiegel 46/2005, S. 40
- (5) - Zitiert nach Der Spiegel 15/2008, S. 36
- (6) - Vgl. Welt online 5.4.2008: Bundesnachrichtendienst wusste offenbar von Libyen-Ausbildern
- (7) - Vgl. Reuters 6.4.2008
- (8) - Vgl. Der Spiegel 15/2008, S. 38
- (9) - Vgl. Süddeutsche Zeitung 10.4.2008: BND ließ Behörden im Unklaren und Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.4.2008: Bittbriefe aus Tripolis
- (10) - Vgl. Frankfurter Rundschau 9.4.2008: 120 Libyer ausgebildet
- (11) - Vgl. Die Zeit 10.4.2008: Ein Ostfrieze in Tripolis
- (12) - Vgl. www.bild.de 12.4.2008: Ich vermittelte deutsche Elite-Kämpfer an Gaddafi
- (13) - Vgl. wdr.de 8.4.2008: Keine Hinweise auf BND-Beteiligung
- (14) - Vgl. Netzzeitung 21.10.2007: BND warnt vor Terroristen aus Nordafrika
- (15) - Vgl. Berliner Zeitung 9.4.2008: Rufe nach mehr Kontrolle über Geheimdienste
- (16) - Vgl. tagesschau.de 16.4.2008: PKG: BND hat nur beobachtet
- (17) - Vgl. tagesschau.de 17.4.2008: Opposition zweifelt BND-Angaben an
- (18) - Vgl. Der Spiegel 16/2008: Deutsch-libysche Kooperation und Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.4.2008: Bittbriefe aus Tripolis
- (19) - Vgl. Focus Online 12.4.2008: Deutsche Polizeiausbildung von Libyen offiziell angefragt; Die Zeit 10.4.2008: Ein Ostfrieze in Tripolis und Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.4.2008: Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979
- (20) - Vgl. Focus Online 10.4.2008: Noch heute deutsche Schulungen in Libyen?

DAS BLÄTTCHEN

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft

Erscheinungsweise: online

Herausgeber: Wolfgang Sabath, Heinz Jakobowski und der Freundeskreis des Blättchens

Redaktion: Margit van Ham, Wolfgang Brauer, Wolfgang Schwarz (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0178 . 629 70 61

Fax: 030 . 70 71 67 25

E-Mail: hwjblaettchen@googlemail.com

Hinweis für Autoren: Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht. Es werden keine Honorare gezahlt. Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung. Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

Soli-Konto: Wolfgang Schwarz, Konto-Nr. 1011452503, BLZ: 12030000 (DKB); Verwendungszweck – Blättchen-Online

Realisierung: Thomas Meyer, allroundsupport.de

Redakteur dieser Ausgabe: Alfons Markuske

Redaktionsschluss: 18.04.2011